Dezember 2018
Nummer 427 – K 12858 / 3,80 €

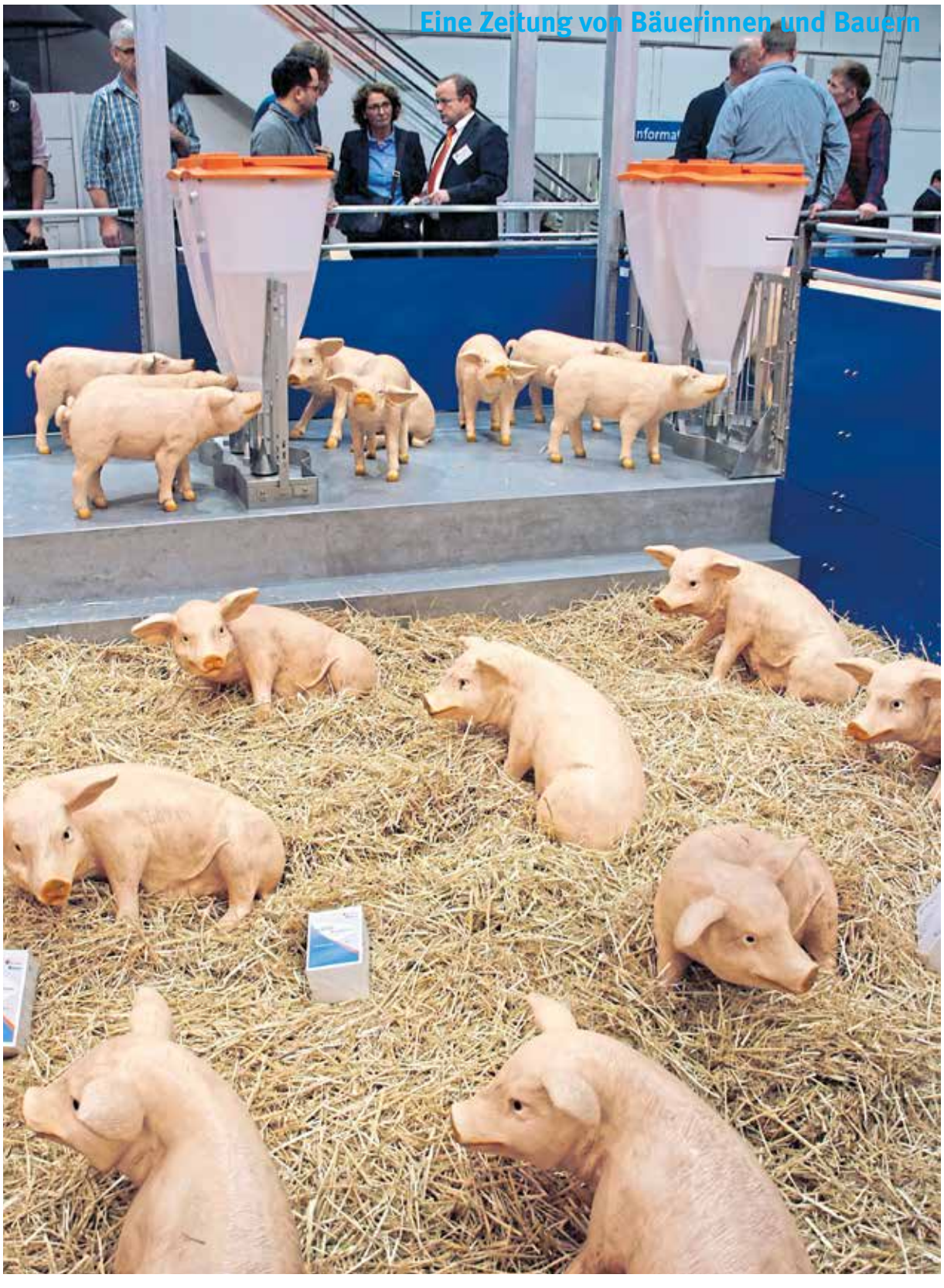
unabhängige Bauernstimme

Handel international und national bringt viel in Bewegung – ob und was Bauern und Bäuerinnen davon haben, entscheidet die Politik mit ihren Rahmenbedingungen und der Druck der Straße.

Hofschlaeger/pixelio

Eber, Betäubung, Schmerz und Duft, es gibt nochmal eine Fristverlängerung bei der Ferkelkastration und nach wie vor keinen Königsweg anstelle der betäubungslosen Kastration.

Auf ein sich veränderndes Klima zu reagieren heißt, ackerbaulich und züchterisch tätig zu werden, aber unter Umständen auch gegen die Bundesregierung vor Gericht zu gehen.



Messeneuheit!

Die Seite 3

Rechts(d)ruck im ländlichen Raum? 3

Agrarpolitik

GAP-Reform im EU-Parlament 4
Klagerechte für Saatgutkonzerne 5
Kennen Sie „Ohne GenTechnik"?. 6
Naturalertrag, Kosten, Erlöse 7

Bewegung

Humus fürs Klima. 8
Ein Blick über den Tellerrand 16
Real betrachtet lohnt es sich nicht 18
Steinhoff verliert 19
Völkerverständigung unter Ökobauern 20

Schwerpunkt

Digital Animal Farming 11
Zwischen Regen und Traufe 12
Verschoben aber nicht gelöst 13
Tierschutzprobleme des Systems. 14
Eine Frage der Haltung 14

Zu Besuch bei Kristina Richter, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Gentechnik, Seite 17; Lesen, Seite 21; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23

Tierhaltung 4.0

Als ich vor zehn Jahren im November 2008 zur Eurotier fuhr, bekam ich am Einlass einen Messeprospekt in die Hand gedrückt. Fast alle Artikel beschäftigten sich mit dem Thema Tierschutz. Ich war voller Hoffnung, dass sich etwas bewegt. Auf der Messe allerdings waren wenig echte Innovationen im Stallbereich zu sehen. Auch in diesem Jahr bin ich Mitte November nach Hannover gefahren. Wieder zur Eurotier. Diesmal gibt es zwar keinen Prospekt, aber dafür lässt der Titel der Messe: „Tierhaltung 4.0" Veränderungen vermuten. Gespannt gehe ich durch die Hallen, um die Veränderungen im Stallbaubereich zu bestaunen. Allerdings muss man schon suchen, um neue tiergerechte Stallkonzepte zu finden. Die meisten Aussteller setzen leider weiterhin auf Vollspalten, zwar alle mit Spielzeug und organischem Beschäftigungsmaterial, Stroh als Einstreu für eine weiche Liegefläche ist aber kaum zu finden. Sicher, die Stalleinrichter bieten nur das an, was der Markt nachfragt. Doch wann, wenn nicht jetzt, müssten diesbezüglich Zeichen gesetzt werden? Die veränderten Anforderungen sind doch überall sichtbar. Ein Großteil des Lebensmitteleinzelhandels hat in diesem Jahr einen Haltungskompass eingeführt, wodurch der Verbraucher erkennen soll, wie das Tier, dessen Fleisch er kauft, vorher gehalten wurde. Dabei steht 1 für den gesetzlichen Standard, 2 für die Bedingungen der Initiative Tierwohl, 3 für die Bedingungen der Einstiegsstufe des Tierschutzlabels des deutschen Tierschutzbundes und 4 für die Premiumstufe, deren Anforderungen den Neuland- und Biorichtlinien ähneln.

Der Handel will nach eigener Auskunft 2020 die Hälfte des Angebotes in der Stufe 2 anbieten und in diesem Bereich somit eine Nachfrage schaffen. Auch wenn das kein ehrgeiziges Ziel ist, weil diesen Standard die Betriebe der Initiative Tierwohl aktuell schon erfüllen und die Anforderungen der Initiative ab 2018 auch noch herabgesetzt wurden. Einen großen Mehrwert werden die beteiligten Landwirte wahrscheinlich auch nicht bekommen, sind es doch nur minimale Verbesserungen des Tierwohls, die eine Teilnahme an der Stufe 2 ermöglichen. Welche Absatzziele der LEH für die Stufen 3 und 4 hat, konnte ich bislang nirgends lesen. Aus meiner Sicht werden aber nur diese beiden Stufen, und hier vor allem die Premiumstufe, die Chance bieten, einen Mehrwert für die Landwirte zu erzielen und darüber hinaus den gesellschaftlichen Konflikt um die Art der Tierhaltung zu lösen. Sie bedeuten aber auch den höchsten Aufwand für die Betriebe, weil sich die konventionellen Stallsysteme stark verändern müssen und zudem die neuen Konzepte auch ein Mehr an Arbeit bedeuten.

Trotzdem rufen mich, als Vermarkter von Neuland-Fleisch im Norden, wöchentlich Betriebe an, die ihre Tierhaltung in Richtung Neuland verändern wollen Das ist sicherlich ein Stück weit auch den aktuell nicht kostendeckenden Preisen geschuldet, aber drückt auch die Suche nach einer neuen Perspektive aus, die den Hof zukunftsfähig macht. Für viele, so klingt es bei den Telefonaten heraus, ist ein Auslaufen der Tierhaltung bzw. des ganzen Betriebes die Alternative. Als AbL haben wir für die Schweinehaltung ein Umbaukonzept erarbeitet. Wichtige Voraussetzungen für eine Neuausrichtung der Branche sind neben einem finanziellen Anreiz für schon artgerecht wirtschaftende Betriebe eine Bezuschussung der Umbaukosten und natürlich eine höherpreisige Vermarktung. Die Betriebe können das Risiko der hohen Investitionskosten und der Mehrarbeit nur auf sich nehmen, wenn sie dafür Sicherheiten in Form längerfristiger Abnahmeverträge mit festen Konditionen bekommen. Nicht einzelne Landwirte sollten hier verhandeln, sondern Erzeugerzusammenschlüsse, damit auch auf Seiten der Produzenten eine angemessene Verhandlungsmacht erzielt wird. Die Marktdifferenzierung in Richtung Premiumfleisch ist kein Selbstläufer. Die Unterstützung von Politik und Handel ist bislang ausgeblieben, und das aktuelle Beispiel der betäubungslosen Ferkelkastration zeigt, wie wenig ehrgeizig an selbstgesteckten Zielen im Tierschutzbereich gearbeitet wird. Es braucht weiterhin den Druck der Gesellschaft und der Verbände, damit ein staatliches Tierschutzlabel zu einer wirklichen Verbesserung der Haltungsbedingungen, einem Umbau des Markts und zu mehr Transparenz für die Verbraucher führt. Als AbL werden wir immer mehr Betriebe vertreten, die die Tierhaltungswende in ihren Betrieben umsetzen wollen. Für diese Betriebe zu streiten, wird weiterhin unsere Aufgabe sein, damit Tierhaltung 4.0 anders aussieht als auf der Eurotier 2018.

Martin Schulz,
AbL-Bundesvorsitzender und Neuland-Schweinehalter im Wendland

Rechts(d)ruck im ländlichen Raum?

Versuchte Einflussnahme durch rechte Strukturen

Anfang Oktober in einer Odenwälder Kleinstadt: Die Alternative für Deutschland (AfD) veranstaltete ein Bürgergespräch. Eine Gegendemonstration wurde daraufhin angemeldet. Unter den Demonstrierenden waren Nicole Denk und Gerd Arras, die einen Biokreis-Betrieb im Ort bewirtschaften. Sie hatten ihren Trecker mit einem Banner mit der Aufschrift „Nein zur AfD # Wir sind mehr“ bei der Demo geparkt und teilten ein Foto davon auf ihrer Facebook-Seite. In den nächsten Tagen prasselten Anfeindungen, Beleidigungen und Drohungen auf die Bäuerin und den Bauern ein. „Uns wurde mit Brandanschlägen gedroht und zum Boykott unseres Milchautomats aufgerufen. Die früheren 30 Liter Milch, die wir pro Tag verkauften, sind auf ca. zehn Liter gesunken“, beschreibt die Bäuerin die aktuelle Situation. Die Positionierung hat soziale Konsequenzen im Dorf. Sowas mache man nicht und wenn, dann müsse man mit Konsequenzen rechnen, war das Feedback von Ortsansässigen. Die Geschichte ist ein Beispiel für Zivilcourage, aber auch dafür, dass heute häufiger und oft heftiger als noch vor ein paar Jahren rechtes oder rassistisches Gedankengut öffentlich geäußert und verbreitet wird – auch auf dem Land. Eine Veranstaltungsreihe der Agrarfakultät der Universität Kassel in Witzenhausen setzt sich aktuell mit verschiedenen Aspekten rechter Gesinnung und deren Netzwerken auseinander.

Rechte Traditionen

Untersuchungen von Prof. Michaela Köttig von der Frankfurt University of Applied Science zeigen, dass das Umfeld und die Familie die politische Orientierung beeinflussen und ihren Anteil daran haben, ob Jugendliche rassistisch oder rechts werden. Sie hat vorwiegend zu rechten und rechtsextremen Frauen geforscht und herausgefunden, dass bei diesen meist drei Ebenen zusammenkommen, die eine entsprechende Gesinnung fördern. Häufig gibt es bei Rechtsextremen in der Familie einen unbearbeiteten familiengeschichtlichen Rahmen mit enger emotionaler Bindung der EnkelInnen zu Großeltern mit nationalsozialistischer Vergangenheit und Verharmlosung der Taten. Als zweite Ebene gibt es bei den untersuchten Fällen von Rechtsextremen häufig schwierige biografische Entwicklungen, insbesondere schwierige Bindungen zu den Eltern, die mit verstärkter Orientierung und Haltsuche bei den Großeltern kompensiert werden. Auf der dritten Ebene spielen stützende außerfamiliäre Rahmenbedingungen, wie beispielsweise eine über Generationen gewachsene „rechte Dorfkultur“, eine wichtige Rolle. „Durch den genaueren Blick auf Dorfstrukturen können Rückschlüsse gezogen werden: Werden im Dorf rechte Ideologien in Form von Vereinstraditionen mit eigenen Regeln weitergegeben? Werden rechte Äußerungen und Taten im Dorf verharmlost, gedeckt oder verurteilt? Wie wird mit der Vergangenheit des Dorfes im Nationalsozialismus und einzelner DorfbewohnerInnen umgegangen?“, sagte Michaela Köttig in ihrem Vortrag in Witzenhausen. Häufig seien geschichtliche Inhalte in den Schulen umfassend behandelt, persönliche Geschichten in Familien und Dörfern jedoch nicht kritisch aufgearbeitet worden, so die Wissenschaftlerin.

Völkische SiedlerInnen

Ländliche Gebiete sind natürlich nicht per se stärker von rechter Einflussnahme betroffen, wie auch mehrfach hohe Wahlergebnisse von rechten Parteien in bestimmten Stadtteilen der Metropolen zeigen. Doch es gibt Strukturen, die eine rechte Gesinnung begünstigen können. So werden beispielsweise besonders strukturschwache ländliche Gebiete bevorzugt für die Besiedlung durch sogenannte völkische SiedlerInnen genutzt. Auf den ersten Blick können sie als engagierte, angepasste Ökos von nebenan erscheinen, denen nicht direkt anzusehen ist, dass sie nach einem rassistischen Weltbild leben und gezielt „einen Lebensraum und gesunde Nahrung“ für die „deutsche Volksgemeinschaft“ erzeugen wollen. Dabei setzen rechte Organisationsstrukturen gezielt auf die verminderte Infrastruktur und die geringe Bevölkerungsdichte „abgehängter Gebiete“. „Dort ist mit wenig Aufmerksamkeit, geschweige denn zivilgesellschaftlicher Gegenwehr, zu rechnen, zudem fehlen oft Zukunftsperspektiven, was rechte Ideologien attraktiver erscheinen lassen mag. Die Strategie ist, einerseits rechte Strukturen und Familien nach innen zu stärken und gleichzeitig von außen neue Gleichgesinnte, in der Bewegung „Artgleiche“ genannt, zu gewinnen. In verschiedensten Organisationsformen und -strukturen gibt es starke Vernetzungen und Treffen, z.B. Brauchtumsfeiern“, beschreibt Andrea Röpke, mehrfach ausgezeichnete Fachjournalistin zum Thema Rechtsextremismus, ihre Recherchen in einem Vortrag in Witzenhausen. Von Rechten organisierte Kinderlager sollen für die frühe Prägung im Sinne von rechten Ideologien sorgen. Es gäbe häufig personelle Überschneidungen, bei denen Personen teils gleichzeitig in verschiedenen rechten bis rechtsextremen Organisationen auftauchen. In einigen Familien würden völkisch-nationalistische Ideologien bereits über Generationen weitergegeben, wobei einzelne Familienmitglieder aktuell politisch in die Öffentlichkeit treten, so die Journalistin, denn die Szene fühle sich „im Aufwind“. Im Rahmen des Projektes „Landraum“ der Organisation „Ein Prozent“ aus dem Umfeld der AfD und Identitären Bewegung, werden beispielsweise gezielt Höfe und Land gesucht und gekauft, um Strukturen aufzubauen, um die „patriotische Raumnahme zu starten“, wie auf der entsprechenden Internetseite zu lesen ist. Grundsätzlich würden bereits eigene soziale und wirtschaftliche Netzwerke aufgebaut, die aber auch nach außen gerichtet seien. Bewusst werde von völkischen SiedlerInnen dann Landwirtschaft und Handwerk vor Ort (wieder)belebt, aber auch versucht, Einfluss auf, häufig freie, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Schulen zu nehmen, so Röpke.

Rechten nicht das Feld überlassen

Bäuerliche und ökologische Landwirtschaft kann ein Anknüpfungspunkt für rechte Ideologien sein. Immer wieder hat es in der Geschichte Versuche gegeben, diese Inhalte von Rechts zu nutzen und zu instrumentalisieren. Es bedarf eines genauen Hinschauens aller Organisationen und Akteure der Szene, um Umdeutungen von Begrifflichkeiten und Inhalten zu erkennen und dem entgegenzutreten. Ganz zu schweigen von unabsichtlichen oder beabsichtigten Kooperationen mit menschenverachtenden Parteien und Organisationen. Eine klare Position für Menschenrechte, demokratische Strukturen und gegen rechtes Gedankengut, wie sie beispielsweise von den Verbänden des Ökolandbaus oder auch der AbL formuliert wurde, ist wichtig.

Vor Ort können enge soziale Strukturen und Verflechtungen spontane Gegenreaktionen erschweren. Oft fällt es nicht leicht, bei menschenfeindlichen Äußerungen gegenzusteuern. Nela Sommer, die bei der Veranstaltungsreihe referierte und in Brandenburg Ökolandbau studiert hat, beschreibt Alltagsrassismus als alltägliche Denk- und Handlungsweisen, die Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft, Lebensweise oder Kultur abwerten, was tief in der Mitte der Gesellschaft verankert sei. „Sprüche und Ausgrenzung sind der nur vermeintlich harmlose Anfang eines Eskalationsspektrums, das bis hin zu Gewalthandlungen reichen kann“, so Sommer.

Klare Aussage Foto Denk

Sich gegen Alltagsrassismus zu stellen, ist unangenehm. Soll dieses Fass wirklich jetzt in dieser Situation aufgemacht werden? Wie kann auf rassistische Äußerungen von NachbarInnen, HandwerkerInnen auf Haus und Hof, BerufskollegInnen reagiert werden? Das Überhören eines rassistischen Kommentars ist leichter. Wenn das aber alle machen, werden Äußerungen und Ansichten toleriert, hingenommen und die Verletzung von Betroffenen akzeptiert. Ohne Gegenrede werden rassistische Meinungen gesellschaftlicher Konsens. Nicole Denk und Gerd Arras bleiben standhaft. „Wir haben beschlossen, dass wir uns weiter für eine offene Gesellschaft und gegen Menschenfeindlichkeit einsetzen. Unser Traum wäre es, dass bei der nächsten Demo unser Trecker nicht alleine steht, sondern viele Bäuerinnen und Bauern Stellung beziehen“, so die Bäuerin aus dem Odenwald. *sg*

In Witzenhausen findet zwischen Oktober 2018 und Februar 2019 eine Veranstaltungsreihe zu rechter Gesinnung im ländlichen Raum für alle Interessierten statt. Dabei geht es um rechtsesoterische Strömungen, rechte Strukturen in Dörfern, völkische SiedlerInnen, rechtsextreme Vereinigungen in strukturschwächeren Gebieten sowie Versuche der Vereinnahmung und Instrumentalisierung einer bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft von rechten Kreisen. Mehr Infos: www.gegen-rechtsdruck-veranstaltungsreihe.de

GAP-Reform im EU-Parlament

Starke Abschwächungen bei Staffelung und Umwelt - Mengenbegrenzung wieder drin

Am 21. November stellten die Berichterstatter/innen des Agrarausschusses im Europäischen Parlament ihre Entwürfe zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 vor. Besonders im Fokus steht der Entwurf, den die Spanierin Esther Herranz García aus der christdemokratischen EVP-Fraktion zum EU-Kommissionsvorschlag für die Direktzahlungen und die 2. Säule (GAP-Strategieplan-Verordnung) vorgelegt hat. Er enthält alleine schon über 400 Änderungsanträge zum Verordnungsentwurf der Kommission. Viele davon würden erhebliche Rückschläge bedeuten für alle, die sich von der GAP-Reform gerechtere Zahlungen und bessere Umweltwirkungen versprechen.

Staffelung ausgehöhlt

Anders als die Mehrheit im Agrarministerrat (siehe Bauernstimme 11/2018) unterstützt die Spanierin zwar den Vorschlag der EU-Kommission, dass die größenabhängige Kürzung bis hin zu einer Kappung der Direktzahlungen in Zukunft von allen Mitgliedstaaten angewendet werden muss. Aber die konkreten Änderungsanträge höhlen das Instrument weitgehend aus. Während die Kommission ab 60.000 Euro Direktzahlungen je Betrieb mindestens eine progressiv verlaufende Kürzung und ab spätestens 100.000 Euro eine Obergrenze (Kappung) vorschlägt, will Herranz die Höhe, ab der eine Kürzung einsetzt, von den einzelnen Mitgliedstaaten festlegen lassen. Dabei darf unterhalb von 100.000 Euro gar nicht gekürzt werden. Auch die Kürzung selbst schwächt die Spanierin ab: es muss um „mindestens 25 Prozent“ und darf um höchstens 100 Prozent gekürzt werden. Während die Kommission alle Direktzahlungen der 1. Säule bei der Kürzung berücksichtigt, will die Parlamentarierin die Kürzung nur auf die Basisprämie und gekoppelte Zahlungen beziehen (also Eco-Schemes und Junglandwirtezahlung hier außen vor lassen). Gleichwohl will sie vor der Kürzung die vollen Arbeitskosten der betroffenen Betriebe von den Zahlungen abziehen, also kürzungsfrei halten. Zu guter Letzt will sie bei juristischen Personen (z.B. Genossenschaften) die kürzungsfreien Beträge für jedes einzelne Mitglied („mit vergleichbaren Rechten und Pflichten wie Einzellandwirte“) anwenden.

Wenig Aufschlag für erste Hektare

Beim Aufschlag auf die ersten Hektare schlägt die Spanierin vor, dass er für maximal 30 Hektar oder die durchschnittliche Betriebsgröße im Mitgliedstaat oder in der Region (z.B. Bundesland) gewährt werden darf (die Kommission sieht keine Hektargrenze mehr vor). Bei der Höhe des Aufschlags streicht die Spanierin kräftig: Während die Kommission den Mitgliedstaaten erlauben will, für die ersten Hektare zusätzlich bis zu 100 Prozent des nationalen Durchschnitts aller Direktzahlungen zu zahlen, will Herranz den Aufschlag auf maximal 25 Prozent allein der Basisprämie beschränken. Und ja, auch hier soll bei juristischen Personen das Ganze für jedes Mitglied angewendet werden, d.h. bei einer Genossenschaft z.B. aus zehn Personen wird der Aufschlag dann für zehn mal 30 Hektar gezahlt.

Die GAP muss die Artenvielfalt erhalten - auch den Schwalbenschwanz. Foto: Gandenberge

70 Prozent Basisprämie

Die EU-Kommission hat in ihrem Verordnungsentwurf darauf verzichtet, den Mitgliedstaaten vorzugeben, wie sie die EU-Direktzahlungsgelder auf Basisprämie, neue Umweltmaßnahmen in der 1. Säule („Öko-Regeleungen“) oder auf den Aufschlag auf die ersten Hektare aufteilen. Dagegen will die EU-Parlamentarierin festlegen, dass mindestens 70 Prozent davon als Basisprämie gezahlt werden. Dazu passt auch ihr Änderungsantrag, wonach die Mitgliedstaaten weiterhin maximal 15 Prozent der Direktzahlungen in die 2. Säule umschichten dürfen; die Kommission hat eine zusätzliche Option zur Umschichtung von weiteren 15 Prozent speziell zugunsten von Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen in der 2. Säule vorgeschlagen – das will die Spanierin verhindern.

Niedrigere Umweltanforderungen

Auch bei den allgemeinen Grundanforderungen zum Erhalt der Flächen in einem „guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ (GLÖZ) setzt die spanische Berichterstatterin an. Beim Erhalt von Dauergrünland will sie den Mitgliedstaaten einen Rückgang um fünf Prozent erlauben, wobei die Mitgliedstaaten wählen können sollen zwischen der nationalen, regionalen oder Betriebsebene. Ein Vergleichsdatum wird nicht genannt. Damit wird die heutige Greening-Regelung fortgesetzt. Das „Verbot der Umwandlung oder des Umpflügens von Dauergrünland“, das die Kommission für die gesamten Natura-2000-Gebiete vorschlägt, soll auf „ökologisch sensible Gebiete in den Natura-2000-Gebieten“ beschränkt werden. Die Vorgabe eines „Fruchtwechsels“ will Herranz auf Betriebe mit „mehr als 10 Hektar“ beschränken. Den Anteil an ökologischer Vorrangfläche bzw. „nicht produktiver Fläche“ will die Spanierin auf fünf Prozent der betrieblichen Ackerfläche festlegen (wie im heutigen Greening), und hier auch weiterhin Flächen mit Eiweißpflanzen (Leguminosen) mitzählen. In dem Berichtsentwurf für das Parlament ist auch der Vorschlag enthalten, dass Ökobetriebe die oben genannten, aus dem Greening übernommenen Anforderungen automatisch erfüllen, was sich besonders im Grünlandschutz auswirken kann. Gestrichen ist im Berichtsentwurf der Vorschlag der Kommission, wonach zukünftig bei dem finanziellen Mindestanteil von 30 Prozent, den Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen an den EU-Geldern der 2. Säule ausmachen müssen, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete nicht mehr mitgezählt werden sollte.

Markt-Krisen-Vermeidung

Berichterstatter für die Gemeinsame Marktorganisation ist der Franzose Eric Andrieu von der sozialdemokratischen S&D-Fraktion. In seinen Berichtsentwurf hat er eine „Regelung der Produktionsverringerung“ aufgenommen. Demnach soll die Kommission das Recht bekommen, „bei gravierenden Ungleichgewichten auf dem Markt“ auf Antrag eine Beihilfe für solche Erzeuger zu gewähren, „die über einen festgelegten Zeitraum ihre Lieferungen im Vergleich zum Vorjahr verringern“. Dabei können die Mitgliedstaaten beschließen, dass die Anträge auf solche Beihilfen auch von Erzeugerorganisationen oder Genossenschaften für deren Mitgliedsbetriebe gestellt werden können. „Ist die Beteiligung nicht ausreichend, um das Gleichgewicht auf dem Markt wieder herzustellen, ist die Kommission befugt, alle Erzeuger zur Verringerung ihrer Produktion zu verpflichten“, heißt es weiter. Der Abgeordnete hat hier Regelungen aus der EU-Sonderbeihilfe des Jahres 2016 für die Verringerung der Milcherzeugung übernommen, will sie aber für alle wesentlichen Erzeugnisse eröffnen.

Zeitplan

Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben noch bis zum 3. Dezember Zeit, um eigene Änderungsanträge einzureichen. Die Abstimmung darüber im Agrarausschuss ist für Februar vorgesehen, die Abstimmung im Plenum für März 2019. Das Ergebnis wäre dann das Verhandlungsmandat des Hohen Hauses für die Trilog-Verhandlungen mit Ministerrat und Kommission, die erst nach der Europawahl Ende Mai beginnen können. Das neue Parlament kann, muss aber dieses Verhandlungsmandat nicht übernehmen, sondern kann frei darüber entscheiden. *uj*

Klagerechte für Saatgutkonzerne

Studie weist auf Gefahren durch neue Handelsabkommen hin

Das Recht auf Nachbau für Bäuerinnen und Bauern kann durch die neuen Handelsabkommen noch stärker unter Druck geraten. Zu dem Schluss kommen die Autoren der in den Niederlanden ansässigen Organisation „Both Ends“ in ihrer im Oktober veröffentlichten Studie: „UPOV 91 and trade agreements“. In dieser beschreiben die Autoren, dass in dem neuen Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) explizit darauf verwiesen wird, dass beide Länder „kooperieren sollen, um den Schutz der Pflanzenvielfalt zu stärken und voranzutreiben“ und zwar auf Basis von UPOV 91. Solche Formulierungen stellen deshalb eine besondere Gefahr dar, so die Autoren der Studie, da etwa in CETA ein Investitionsgerichtssystem (ICS) vorgesehen ist, auf dessen Grundlage Konzerne Staaten verklagen können. Im schlechtesten Falle könnten Saatgutkonzerne Staaten verklagen, wenn gegen Bestimmungen von UPOV 91 verstoßen würde und die Konzerne nachweisen könnten, dass ihnen dadurch Gewinne entgangen sind.

Kartoffelvielfalt auf einem Bauernmarkt in Kanada Foto: Schievelbein

UPOV-Verschärfungen

Mit UPOV 91 versucht die Saatgutindustrie das Recht der Bäuerinnen auf Nachbau zu beschneiden. Das Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen wurde 1961 beschlossen und in den Jahren 1972, 1978 und 1991 überarbeitet. Während UPOV 78 noch den Tausch von geschützten Sorten zwischen Landwirten erlaubte, bewirkte UPOV 91 starke Einschränkungen der bäuerlichen Rechte, da das Landwirteprivileg abgeschafft wurde, sodass der Nachbau von geschützten Sorten der meisten Kulturen wie Obst, Beeren und Gemüse faktisch verboten wurde und Nachbaugebühren bei Kulturen wie Getreide und Kartoffeln eingeführt wurden. Im Jahr 1961 waren nur sechs Länder Mitglied bei UPOV und auch 30 Jahre später, also nach der letzten Überarbeitung 1991, nicht mehr als 20 Länder. Erst die Verknüpfung der Saatgutfrage mit Handelsabkommen hat dazu geführt, dass Industrieländer vor allem Länder im Globalen Süden gedrängt haben, UPOV beizutreten. Bis Heute sind 94 Ländern UPOV beigetreten. Die Welthandelsorganisation (WTO) hat in dem „Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums“ (TRIPS) den Ländern offen gelassen, wie sie ihre Saatgutfragen im Land lösen wollen. Meistens wurde allerdings UPOV 91 ins Spiel gebracht und nicht der Internationale Saatgutvertrag der FAO, der zwar noch nicht alle Pflanzen umfasst, aber deutlich den Beitrag anerkennt, den Bäuerinnen und Bauern sowie ortsansässige und eingeborene Gemeinschaften aller Regionen der Welt zur Erhaltung und Entwicklung pflanzengenetischer Ressourcen geleistet haben und leisten. Solche Alternativen werden die neuen Handelsabkommen immer weniger ermöglichen, denn in denen ist explizit auf UPOV 91 verwiesen, etwa auch in den Handelsabkommen zwischen EU und Japan (JEFTA) oder Abkommen mit den Mercosurländern, darunter u. a. Uruguay, Paraguay oder Brasilien, die noch dem Vorgängersystem UPOV 78 angehören. Mit oder ohne Schiedsgerichte, diese Handelsabkommen geben den Saatgutkonzernen mehr rechtliche Möglichkeiten, ihre Interessen durchzusetzen. Noch ein Grund, weshalb das EU-Parlament JEFTA im Dezember eine Absage erteilen sollte. Die Bundesregierung kann und sollte CETA ablehnen, noch ist dieses Abkommen nur vorläufig angewendet und bedarf der Zustimmung aller EU-Mitgliedsstaaten.

Svenja Holst, Berit Thomsen, AbL-Expertinnen Handel und Saatgut

www.bothends.org/en/Whats-new/

Jetzt aktiv werden gegen JEFTA

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Japan (JEFTA = Japan-EU Free Trade Agreement) scheint in den Endzügen: JEFTA soll voraussichtlich am 13. Dezember durch das EU-Parlament ratifiziert werden und dann in Kraft treten. Der tonangebende Handelsausschuss des EU-Parlamentes hat am 5. November JEFTA bereits durchgewunken und damit eine Empfehlung an das EU-Parlament abgegeben. Im Gegensatz zu CETA werden die Parlamente der Mitgliedsstaaten nicht mehr über JEFTA abstimmen, da ein Investitionsschutzabkommen separat verhandelt wird. Der Koordinationskreis des bundesweiten Netzwerkes Gerechter Welthandel (NGW) hat einen offenen Brief an alle deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments geschickt. Darin erläutert das Netzwerk die Risiken, die in JEFTA enthalten sind, und fordert die Abgeordneten dazu auf, das Abkommen nicht zu ratifizieren. „Jetzt liegt es an vielen Menschen, diesen offenen Brief in einer Internetkampagne zu unterstützen“, sagt Anne Bundschuh vom Netzwerk Gerechter Welthandel. Sie fordert auf: „Jetzt mitmachen und den offenen Brief unterzeichnen!“ Mit JEFTA muss die japanische Landwirtschaft ihre Märkte empfindlich öffnen. Außerdem gerät das Recht der Bäuerinnen und Bauern auf Nachbau unter Druck. *bet*

Den offenen Brief können Sie Online zeichnen unter: abl-ev.de/initiativen

Wieder mal Glyphosat

Nun versucht sich also die Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) auch noch mal am Glyphosat. Ab 2023 soll nach den von ihr jüngst veröffentlichten Plänen endgültig Schluss sein mit der Anwendung des Totalherbizids in Deutschland. Wer es jetzt noch nutze, solle so ihr nun vorgestellter Plan, gleichzeitig 10% seiner Fläche als Biodiversitätskompensationsflächen ohne Pestizide lassen. Das schärfste Schwert wäre aber das von Schulze angedachte Verbot für die Vorsaat- und Stoppelbehandlung, momentan die Haupteinsatzgebiete von Glyphosat. Kein Wunder also, das Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied auf den Vorstoß der Ministerin mit Unverständnis reagierte. Man gefährde die Verhandlungen mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium. Chefin Julia Klöckner (CDU) hatte ihrerseits im Frühjahr eine Minderungsstrategie vorgelegt, die allerdings den mengen- und systemsensiblen Einsatz in der Vorsaat und Stoppelbehandlung nicht verbieten will. Klöckner reagierte verhalten auf den Vorstoß ihrer Kabinettskollegin, und kritisierte „geregelte Zuständigkeiten wieder einmal in Frage zu stellen.“ Der Industrieverband Agrar mokiert sich ebenfalls über „Kompetenzgerangel.“ Derweil steht Bayer mit seinen Neuzukauf Monsanto weiter unter Druck. Auf Nachfragen der Tageszeitung rückte Bayer von den in ihrem Bilanzbericht veröffentlichten Zahlen ab, wonach Monsanto-Wirkstoff Glyphosat in mehr als 800 Studien als nicht krebserregend getestet sei. Wieviele Untersuchungen sich tatsächlich überhaupt mit einer potentiellen Krebsgefahr befassen und was sie genau aussagen ist nicht öffentlich, bekannt ist nun, es sind nicht mehr als 50. *cs*

Kein Futter und kein fairer Preis

Milchbauer und AbL-Milchsprecher, Ottmar Ilchmann, kritisiert Molkereien und den Handel stark. Trotz der, der Trockenheit geschuldeten, dürftigen Futterbestände würden die im Frühjahr gesenkten Milchpreise weiter beibehalten und bei der Butter sogar weiter gesenkt werden. Stattdessen wäre ein Preisanstieg dringend notwendig, um die stark steigenden Futterkosten zu decken, so der Milchbauer. Der Mitte 2018 noch leicht ansteigende Milchpreis, drohe ausgebremst zu werden. Der aktuelle Rückgang des Kieler Rohstoffwertes lässt für den Beginn des nächsten Jahres wieder einen stärkeren Preiseinbruch befürchten. Es sei enttäuschend, dass auch mehr als vier Jahre nach dem Auslaufen der Quotenregelung weder von der Branche noch von der Politik wirksame Instrumente entwickelt wurden, um den Milchmarkt zu stabilisieren, beklagt Ilchmann. *sg*

Kennen Sie „Ohne GenTechnik“?

Was zu Beginn für unmachbar erklärt wurde, wird für immer mehr Lebensmittel zum Standard

Bereits seit 2004 müssen Lebensmittel und Futtermittel gekennzeichnet werden, wenn sie gentechnisch veränderte Organismen enthalten, aus ihnen bestehen oder hergestellt wurden. Diese Kennzeichnung ermöglicht es Verbrauchern, sich klar gegen Gentechnik zu entscheiden, und diese Ablehnung führt dazu, dass es in den Märkten keine gekennzeichneten Lebensmittel gibt. Ganz anders sieht dies bei den Futtermitteln aus. In vielen Mischungen sind Bestandteile von gentechnisch verändertem Mais oder Soja enthalten. Auch ist es nicht unüblich, dass Hersteller vorsorglich kennzeichnen, auch wenn sie zumindest zum Teil gentechnikfrei produzieren. Dass gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in Futtermitteln noch nicht der Vergangenheit angehören, liegt an den Feinheiten der Kennzeichnungsregelung. Denn tierische Lebensmittel – Milch, Eier und Fleisch – müssen nicht gekennzeichnet werden, auch wenn die Tiere GVO in ihrer Futterration hatten.

Positivkennzeichnung

Vor dem Hintergrund, dass es politisch nicht möglich erschien, die Kennzeichnungsregelung um den Bereich der Futtermittel zu erweitern, kam dem im Mai 2008 in Kraft getretenen EG-Gentechnik-Durchführungsgesetz eine besondere Rolle zu. Es regelt die Kennzeichnung von Lebensmitteln, bei deren Herstellung auf die „Anwendung gentechnischer Verfahren” verzichtet wurde und ermöglicht damit eine Positivkennzeichnung. Vom Gesetz bis zum Logo und bis zur Akzeptanz im Handel und bei den Verbrauchern war es ein langer Weg, der ganz wesentlich vom Verband Lebensmittel ohne Gentechnik e. V. (VLOG) mit gestaltet wurde. Mittlerweile tragen über 9.000 Lebensmittel das „Ohne GenTechnik“-Siegel. Der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) vertrat 2018 mehr als 700 Mitglieder und Lizenznehmer, die mit Produkten mit „Ohne GenTechnik“-Siegel im Jahr 2018 voraussichtlich einen Gesamtjahresumsatz von über 7 Mrd. Euro erzielen werden. „Mit rasanten Schritten schreitet die Erzeugung von Milch ohne Gentechnik voran. Mittlerweile kommen, nach AMI-eigenen Erhebungen, bei rund 40 % der Milch keine gentechnisch veränderten Futtermittel mehr zum Einsatz. Vor sieben Jahren lag der Anteil gerade einmal bei rund 3 %“, so die Marktanalysten. Mittlerweile sind nahezu alle großen Molkereiunternehmen Lizenznehmer beim VLOG. Arla, Müller-Milch, Hochwald und auch das DMK bieten vor allem bei den Handelsmarken Produkte mit dem Siegel an. Das zeigt vielleicht auch schon, wer der eigentliche Treiber in der Entwicklung ist. Die Forderung nach einer transparenten Auslobung kommt ganz wesentlich aus dem Spannungsfeld zwischen interessierten, aufgeklärten Verbrauchern und dem Handel, der diese Nachfrage bedienen möchte und gleichzeitig versucht, sich durch seine Unternehmensphilosophie zu profilieren, um sich von anderen Marktteilnehmern abzusetzen. In Bayern werden nach Einschätzung des bayerischen Landesamtes für Landwirtschaft (LfL) bis Ende 2018 knapp 90 % der konventionellen Milch als Milch „ohne Gentechnik“ erfasst werden. Im Milchsektor scheint der Verzicht auf gentechnisch veränderte Futtermittel in den Betrieben mittlerweile zum Standard zu werden. Der Aufschlag auf den Milchpreis liegt in der Regel bei einem Cent/kg Milch. Neben dem Milchbereich ist die Umstellung auf gentechnikfreies Futter im Geflügelbereich, auch aufgrund der starken Konzentration und dem sensiblen Produkt Konsum-Ei, am weitesten vorangeschritten. Inzwischen gibt es aber auch bei Rinder- und Schweinefleisch deutlich erkennbare Entwicklungen. So hat Lidl 2017 als erster Discounter damit begonnen, seine regionale Eigenmarke „Ein gutes Stück Bayern“ auf gentechnikfrei zertifiziertes Schweinefleisch umzustellen. Der Wunsch nach Ausweitung ist nach Angaben des VLOG-Geschäftsführers Alexander Hissting vorhanden. Eine Schwierigkeit ist die Produktionsstruktur im Schweinebereich. Die Erzeuger sind – anders als beispielsweise bei der Eierproduktion oder im Geflügelfleischbereich – nicht unbedingt in Erzeugergemeinschaften zusammengeschlossen. Der Bereich ist darüber hinaus in verschiedene Produktionsstufen, Ferkelerzeuger und Mäster, geteilt. Bei mindestens viermonatiger gentechnikfreier Fütterung können gleich mehrere Betriebe betroffen sein. Im Rindfleischbereich stellt sich die Situation ähnlich dar. Auch hier ist das größte Problem die komplexe und vielschichtige Produktionskette.

Über Grenzen hinweg

Die Zertifizierung nach VLOG-„Ohne Gentechnik”-Standard und die Nutzung des „Ohne GenTechnik”-Siegels sind auch international immer stärker gefragt. Schon jetzt ist der VLOG-Standard in einem Dutzend Ländern angenommen. Von Dänemark bis Griechenland, von Polen bis Frankreich. Die meisten VLOG-Zertifizierungen außerhalb Deutschlands finden in den Niederlanden für die Bereiche Futtermittel-, Milch-, Geflügelfleisch- und Eierproduktion statt. Hinzu kommt das immer stärker werdende Interesse deutscher Supermärkte, auch in ihren Filialen im europäischen Ausland „Ohne Gentechnik”-Artikel anzubieten. Zudem gibt es auch in anderen Ländern, z .B. in Polen, das Bestreben, ein „Ohne Gentechnik“-Label einzuführen. Schon länger gibt es diese Kennzeichnungsmöglichkeit in Frankreich, Österreich, Südtirol, Luxemburg und Slowenien. *mn*

Immer mehr gentechnikfeie Fütterung von Milchvieh Foto: Gandenberger

Außer Kontrolle

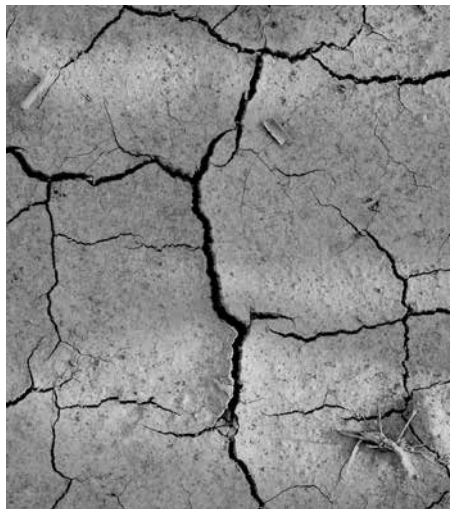
Nach Angaben der rumänischen Umweltorganisation Agent Green sowie dem rumänischen Verband von Donau-Soja wird in der Ukraine gentechnisch verändertes Soja in größerem Umfang angebaut. Die Hälfte von 60 Soja-Proben, die Agent Green dieses Jahr in verschiedenen Regionen genommen hatte, enthielten gentechnisch verändertes Material. Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ist in der Ukraine nicht erlaubt, aber auch nicht verboten oder kontrolliert. Es gäbe keinen offiziellen Anbau von genveränderten Pflanzen und keine offizielle Registrierung von Anbauflächen, berichtet die Umweltorganisation. Die Analyse der Proben durch das Umweltbundesamt in Österreich zeigten, dass es sich hierbei nicht um Verunreinigungen, sondern um gezielten Anbau handele, so die Organisation. Es sind ausschließlich Konstrukte der Firma Monsanto. Die Situation sei außer Kontrolle geraten und die zuständigen Behörden müssten schnellstmöglich einen rechtlichen Rahmen schaffen, fordert Agent Green. sg

Naturalertrag, Kosten, Erlöse

Die Dürrehilfe wird vielfältig diskutiert, kritisiert und in Frage gestellt

Es wurde viel gefordert. Eine Milliarde Euro wollte Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbands, als Unterstützung anlässlich des extremen Dürresommers haben. Nach langem Zögern hat die Bundeslandwirtschaftsministerin dann 170 Mio. Euro zugesagt, nochmal so viel soll von den Bundesländern zugesteuert werden.

Das Geld soll gezielt nur an bedürftige Betriebe gezahlt werden, die in ihrer Existenz gefährdet sind. „Eine Existenzgefährdung wird angenommen, wenn nach Inanspruchnahme anderer Fördermittel die Weiterbewirtschaftung bis zum nächsten Wirtschaftsjahr nicht gewährleistet ist“, so eine der Anforderungen, die erfüllt sein müssen, wenn man Hilfsgelder beantragen möchte. Je nach Bundesland waren die Antragsverfahren zwar von den inhaltlichen Anforderungen her gleich, aber in ihrer praktischen Umsetzung und zeitlichen Terminierung sehr unterschiedlich. Während in Thüringen die Antragsfrist beispielsweise schon Anfang November endete, zog man in Schleswig-Holstein zu diesem Zeitpunkt gerade Zwischenbilanz. Anträge können hier, wie auch in den meisten anderen Bundesländern, bis Ende November gestellt werden. Grundlage des Antrags ist ein detaillierter Nachweis über die finanzielle betriebliche Situation. Zur Ermittlung, ob eine Existenzbedrohung vorliegt, werden die Buchungsabschlüsse der vergangenen drei Jahre betrachtet und verglichen. Gewerbliche, außerlandwirtschaftliche Einnahmen, zum Beispiel durch Photovoltaikanlagen, können, wenn sie über 35 Prozent des Einkommens betragen, zum Ausschlussgrund werden. Das, so der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, könne aufgrund der schlechten Milchauszahlungspreise der Vergangenheit bei vielen Betrieben der Fall sein. Die Berechnung des aktuellen Schadens ist in jedem Fall kompliziert. Vor allem auch deshalb, weil das aktuelle Wirtschaftsjahr in der Regel bis zum Sommer kommenden Jahres geht. Viele Daten beruhen also auf Annahmen für die Zukunft. Wenn der Milchpreis steigt, reduziert das die Antragssumme. Auch der Verkauf von Tieren, um Futter zu sparen, wird als positive Einnahme veranschlagt. Nicht erfolgte Grünlandschnitte führen zwar zur Futterknappheit, werden aber buchhalterisch als nicht gemachte Ausgaben positiv bilanziert. Futterzukauf und eine Bestandsaufstockung im kommenden Frühjahr sind hingegen wieder Ausgaben, die aber aktuell oft nur geschätzt werden können. Der Auszahlungsbescheid, der nach erfolgreicher Antragstellung erteilt wird, hat daher auch nur vorläufig Bestand und wird nach Abschluss des Wirtschaftsjahres mit den tatsächlichen Zahlen abgeglichen. Ausgezahlt werden sollen nach Ablauf der Antragsfrist die ersten 50 Prozent der berechneten Hilfssumme. Die zweite Hälfte kommt dann mit dem endgültigen Bescheid. Wenn es schlecht läuft und die Annahmen allzu pessimistisch waren, muss zurückgezahlt werden, inklusive fünf Prozent Zinsen.



Vielerorts sichtbare Dürreschäden Foto pixabay

Wissenschaftler kritisch

Unter der Überschrift „Extremwetterlage und Dürreschäden: Sind staatliche Hilfen für die Landwirtschaft erforderlich?“ haben mehrere Agrarökonomen kritische Beiträge zu den Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung im Schnelldienst des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung der Universität München veröffentlicht. Die Wissenschaftler äußern sich in jeweils eigenen Beiträgen. Sie schreiben unter anderem, dass die Landwirtschaft mit besonderen Wettersituationen umgehen müsse und Dürrehilfen allenfalls kurzfristige Effekte hätten. Es bestehe die Gefahr, erfolgsschwache oder schlecht geführte Betriebe zu unterstützen. Auch würden durch derartige Hilfszahlungen Betriebe gestützt, die in ihrem Management die Gewinne über die Risikoabsicherung stellten. Auch sei nicht klar erkennbar, welche betrieblichen Strukturen mit der Förderung unterstützt werden sollen: „Eher kleine als große oder ökologisch statt konventionell wirtschaftende Betriebe, nur ‚arme’ oder auch ‚reiche’ Landwirte?“

Vielfältig aufgestellte Betriebe, so der Eindruck aus diversen Gesprächen, haben ganz offenbar eine gute Risikoabsicherung und damit nur geringe Chancen auf eine Unterstützung. Gut gewirtschaftet – nichts bekommen. *mn*

Gegen Billigfleisch

Einen Schweinestall mitten in Hamburg ließen Greenpeace-Aktivisten vor einer Filiale eines Edeka-Marktes entstehen. Sie kritisierten mit ihrer Aktion die Bedingungen, unter denen das billige Fleisch bei Edeka häufig produziert würde. „Diese Haltungsbedingungen verschweigt Edeka seinen Kunden. Edeka gibt vor, Lebensmittel zu lieben, verschleiert aber deren Herkunft“, so der zuständige Landwirtschaftsexperte Lasse von Aken. Kritisiert wurde darüber hinaus, dass im Gegensatz zu allen anderen Supermarktketten die Kunden bei Edeka nicht erkennen könnten, unter welchen Haltungsbedingungen die Tiere gehalten wurden. Die Edeka-Beteiligung an der Initiative Tierwohl geht Greenpeace nicht weit genug. Die Vorgaben der Initiative sähen etwa vor, dass einem Schwein mit 110 Kilogramm Gewicht eine Fläche in der Größenordnung eines DIN-A-4-Blattes als zusätzlicher Platz im Stall zur Verfügung stehen solle. Dies sei aber bei weitem nicht ausreichend, um eine Verbesserung zu erzielen. Ein von der Organisation in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zeige darüber hinaus, dass weite Teile der konventionellen Schweinehaltung gegen das Tierschutzgesetz verstießen. *mn*

Geschlechtsbestimmung im Ei praxisreif

Mit der neuen Methode der Geschlechtsbestimmung im Brutei könnte das massenhafte Töten von männlichen Küken ein Ende haben. So jedenfalls präsentiert Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner das vom REWE-Konzern gemeinsam mit der Universität Leipzig entwickelte Geschlechtsbestimmungsverfahren. Am achten Tag wird im bebrüteten Ei mittels eines Lasers ein 0,3 mm großes Loch gebrannt, um die sogenannte Alantoisflüssigkeit zu entnehmen. Die Hormonzusammensetzung lässt dann eine geschlechtsspezifische Trennung der Bruteier zu. Die Kosten für die Geschlechtsbestimmung bezifferte der Geschäftsführer von Seleggt, Dr. Ludger Breloh, mit einem Cent pro Ei. Das Verfahren solle dahingehend verfeinert werden, dass eine Bestimmung schon am vierten Tag möglich werde, so Breloh. Die aussortierten Eier könnten zu hochwertigem Tierfutter verarbeitet werden. Kritik kam erwartungsgemäß vom Zentralverband der deutschen Geflügelwirtschaft. Deren Präsident, Friedrich-Otto Ripke, bemängelte die mit 3.500 Eiern pro Stunde zu geringe Leistung des Verfahrens. Die aktuellen Strukturen bräuchten 100.000 Eier pro Tag. Eine grundsätzlich andere Vorgehensweise forderte der BUND. Eine „Lösung im Sinne einer verantwortungsvollen Tierzucht“ sei vielmehr die Entwicklung von Zweinutzungslinien, bei denen auch die männlichen Tiere aufgezogen würden, so Katrin Wenz. *mn*

UN für Bauernrechte

Mitte November entschied die Vollversammlung der Vereinten Nationen nach sechs Jahren der Beratung über die UN-Erklärung für die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten. Durch die Erklärung sollen die Rechte von besonders diskriminierten, ausgegrenzten und in ihrer Existenz bedrohten Gruppen auf dem Land, die einen Großteil der Welternährung sichern, gestärkt werden.

Mit einer Mehrheit von 119 von 175 Ländern wurde die UN-Erklärung angenommen und damit eine Lücke im weltweiten Menschenrechtskanon geschlossen. „Die Zahl der weltweit Hungernden ist im vergangenen Jahr auf über 820 Millionen Menschen gestiegen. Der Kampf um schwindende Ressourcen wie Land und Wasser hat sich verschärft; die Saatgutvielfalt ist durch die zunehmende Kommerzialisierung von wenigen Hochertragssorten und deren Eigentumsschutz bedroht. Organisationen und Menschen, die sich für die Rechte von Kleinbauern und Landarbeitern einsetzen, werden in vielen Ländern bedroht oder gar ermordet“, erklärte Paula Gioia von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der Europäischen Koordination von Via Campesina (ECVC). Wie schon bei der Abstimmung zur UN-Erklärung im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf hat sich die Bundesregierung auch dieses Mal wieder enthalten. *mn*

Dr. Oetker will Tierwohl-Geflügel

Für die auf dem europäischen Markt verkauften Dr. Oetker Produkte soll bis 2026 nur noch Hähnchenfleisch verwendet werden, welches mindestens die Standards der Europäischen Masthuhn-Initiative erfüllt. Aktuell stehen die Anforderungen der europäischen Initiative über denen der „Initiative Tierwohl", sie orientieren sich beispielsweise an dem niederländischen „beter leven"-Programm. Bisher hat etwa 20% des verarbeiteten Hähnchenfleischs, welches von Dr. Oetker bezogen und verarbeitet wird, höhere Standards bezüglich des Tierwohls. Die Albert-Schweizer Stiftung begrüßte den Schritt des Unternehmens und hatte diesen im Voraus begleitet. Vor allem bei den von Dr. Oetker produzierten Tiefkühlpizzen werden jährlich etwa zwei Millionen Masthühner verarbeitet. *sg*

Volksbegehren „Rettet die Bienen"

Das Volksbegehren „Rettet die Bienen und Schmetterlinge – Stoppt das Artensterben" wurde Mitte November vom bayrischen Innenministerium zugelassen. Ziel der Initiatoren aus Parteien und Organisationen - auch die AbL-Bayerns ist dabei - ist es, in ganz Bayern einen Biotopnetzverbund zu schaffen und den Pestizideinsatz zu reduzieren, um breitflächig das gesamte Artenspektrum zu fördern. Die Anknüpfungspunkte des breiten Ansatzes reichen von der Verbesserung des Naturschutzgesetzes, über den Ausbau der biologischen Landwirtschaft bis zur Erweiterung der Lehrinhalte in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Fokus sei die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft, da bäuerlich wirtschaftende Familienbetriebe sowie die Umwelt zu den Leittragenden einer verfehlten Agrarpolitik gehörten, so das Bündnis. Anfang Februar 2019 beginnt die 14-tägige Eintragungsfrist für bayrische Wahlberechtigte von denen sich zehn Prozent in den Rathäusern eintragen müssen, damit es zum eigentlichen Volksentscheid kommen kann. *sg*

Für eine „schöne" Landschaft

Der Landesvorstand der AbL Bayern überreichte 3000 unterschriebene Postkarten an die bayrische Ministerin Michaela Kaniber. Mit den Postkarten fordern die UnterzeichnerInnen, dass sich politische Akteure für eine „schöne" und vielseitige Landschaft einsetzen. Als schön empfinden die UnterstützerInnen einen kleinstrukturierten Landschaftstyp. In diesem Rahmen stellte die Landesvorsitzende Gertraud Angerpointner das AbL-Punktemodell vor, welches ein nützliches Instrument ist, um bäuerliche Leistungen zum Schutz der Artenvielfalt, zum Umwelt- und Tierschutz, sowie zum Erhalt einer vielseitigen Landschaft, angemessen zu honorieren. *sg*

Übergabe der AbL-Forderungen an Ministerin Kaniber (v.l.n.r.: Gertraud Angerpointner, Georg Martin, Andrea Eiter, Josef Schmid, Michaela Kaniber, Isabella Hirsch, Johann Zacherl)

Regenwürmer und Humus für einen intakten Boden Foto: Stephan/BLE

Humus fürs Klima

Tag der Landwirtschaft 2018 in Sachsen-Anhalt

Nun schon im dritten Jahr veranstaltete die AbL Sachsen-Anhalt einen „Tag der Landwirtschaft" zu aktuellen agrarpolitischen Themen. In diesem Jahr fand er im Hörsaal im alten Universitätsgebäude in Halle statt. Für den in Sachsen-Anhalt noch kleinen Kreis von in der AbL Engagierten – schon historisch bedingt fällt es nicht ganz leicht, in einer Region mit eher großflächig strukturierter Landwirtschaft Interesse an bäuerlicher Landwirtschaft zu wecken – fanden erfreulich viele Menschen den Weg zum Thema „Humusaufbau – Eine Chance für unser Klima?". Neben intensiven wissenschaftlichen und fachlichen Vorträgen und Aussprachen zum Thema Klima und Humus wie auch der möglichen praktischen Umsetzung in eine Humus mehrende Bewirtschaftung berichtete der Bundesgeschäftsführer der AbL, Georg Janßen, über die Arbeit der AbL für eine zukunftsfähige, nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft auf Bundesebene. Reiko Wöllert, Geschäftsführer der AbL Mitteldeutschland, legte in seinem Vortrag den Fokus auf den Vorschlag der AbL für eine gerechtere EU-Agrarpolitik nach 2020, der Ernst macht mit dem Satz „Öffentliches Geld für gesellschaftliche Leistungen". Auch eine Vertreterin der Landesregierung war zu Gast: Brigitte Schwabe-Hagedorn vom Referat Klima und Energie des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie stellte das, mit Verbänden und interessierten Bürgern erstellte, Klima- und Energiekonzept (KEK) der Landesregierung vor. In der abschließenden Diskussionsrunde kritisierte Holger Tuch vom Sprecherrat der AbL Sachsen-Anhalt das KEK als unzureichend. Es würden nur CO2-Sparmaßnahmen erwähnt, nicht aber die Möglichkeit, die Bauern haben, durch Humuswirtschaft Kohlenstoff im Boden zu binden und damit den CO2-Gehalt zu senken. Die AbL habe schriftlich und mündlich entsprechende Zuarbeit geleistet, weil es einfach nicht mehr ausreiche, auf die „gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft" zu verweisen. Diese habe zu Humusreduktion in Böden, Biodiversitätsverarmung und zu viel Nitrat im Grundwasser geführt.

Die fachlichen Referate zeigten Wege zu einer klimafreundlicheren Landwirtschaft auf. Dr. Matthias Schrödter von der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau stellte agrarökologische Steuerungsmaßnahmen vor. Jan Wittenberg, Landwirt aus Niedersachsen, referierte über seinen pfluglosen Bioland-Ackerbau mit diversen Feldfrüchten, unter anderem Sojabohnen. Im Vortrag von Daniel Fischer, Diplom-Agraringenieur aus Halle, ging es um nachhaltige Bewirtschaftungssysteme wie Terra Preta, Mulchwirtschaft und Agroforst. Den wissenschaftlichen Zusammenhang von Temperaturanstieg und Bindung des organischen Kohlenstoffs im Boden erklärte Dr. Uwe Franko vom Umweltforschungszentrum (UFZ) in Halle. Man staunte nicht schlecht, wie schnell nach einer anfänglichen Vorstellungsrunde die Gespräche zwischen den Teilnehmern in Gang kamen und wie die Pausen im Foyer gut genutzt wurden, um Kontakte zu knüpfen. Zum entspannten Austausch trug das leckere Essen bei, das man dabei genießen konnte, regional und bäuerlich erzeugt und von AbL-Mitglied Julia Hornickel zubereitet.

Katharina Winter,
AbL Sachsen-Anhalt

„Könnten vielleicht ein paar Trecker bei euch parken?“

Auch im Januar 2019 treffen sich Bäuerinnen und Bauern in Blankenfelde als Start zur „Wir haben es satt”-Demo

Als Jochen Fritz uns im November 2010 fragte, ob auf unserem Vereinsgelände vielleicht ein paar Trecker über Nacht stehen und einige Fahrer in den damals unsanierten und überwiegend leerstehenden Gebäuden übernachten könnten, wussten wir noch nicht, was uns erwartet. Er sagte, dass sie eine Demo für faire und bäuerliche Landwirtschaft organisieren wollten und wir wussten nur, dass wir das gerne unterstützen würden.

Nach nur einer Vorstandssitzung war klar: Wir sind dafür und bieten die entsprechenden Voraussetzungen. Es war sehr kalt an den Tagen im Januar 2011. Wir heizten den alten Bullerjan über mehrere Tage an, um die klamme Kälte aus den Wänden des noch unsanierten Kursaales zu vertreiben. In diesem sollten einige Bauern und Bäuerinnen in einem Heulager übernachten. Wir organisierten einen großen Topf warme Suppe und Brot, besorgten ein paar Dinge fürs Frühstück und waren erwartungsvoll gespannt … . Eisiger Wind blies Pulverschnee übers Gelände. Es kamen mehr, als wir erwartet hatten bei dieser Witterung, wie viele genau, wissen wir nicht mehr. Aber bestimmt kam Helmut als Erster hier an und seitdem gehört ihnen allen ein Wochenende im Januar!

Es sprach sich herum und es wurden stetig mehr Teilnehmer. In diesem Jahr 2018 waren es ca. 135 Fahrzeuge, die hier in Blankenfelde vom unterdessen fertig sanierten und lange bewohnten Hof zur Demo fuhren.

In den letzten acht Jahren der Kampagne „Wir haben es satt“ war das StadtGut sechsmal Herberge der Bäuerinnen und Bauern. Es kommt uns vor, als wäre es schon viel öfter so gewesen! Viele Menschen durften wir schon kennenlernen und ins Herz schließen, Geschichten und ehrliche und interessante Gespräche führen oder mit anhören.

Wir freuen uns auf diese Zusammenkunft im Januar fast wie auf Weihnachten. Mit den Teilnehmern stieg stetig auch die Zahl der Helfer und inzwischen gibt es vorab eine Liste für Unterbringungen in den Privatwohnungen der StadtGut-Bewohner. Manche Vorabanfragen haben z. B. diesen Wortlaut: „Wir würden gern wieder bei Sebastian unterm Dach schlafen, wie letztes Jahr, wenn‘s geht?“ Das Lagerfeuer zum Wärmen draußen hat seinen festen Platz und unterdessen gibt es auch Bratwurst vom Grill dazu. Die Essens- und Getränkespenden der Unterstützer nahmen entsprechend zu. Jedes Mal sind wir gespannt, wie viele Trecker wohl kommen werden und ob der Platz zum Schlafen und das Essen ausreichen werden.

An einem Abreisemorgen nach einer der ersten Demos, an dem sich einige junge Leute morgens müde Tee und Kaffee für die Rückfahrt kochten, fragten wir sie, warum sie sich diesen Strapazen aussetzten und ob sich der Aufwand, die Zeit und die Kosten denn lohnen würden? Wir bekamen eine Antwort, die sich in unsere Erinnerung grub: „Wisst ihr, unsere Eltern sagten immer zu uns”, sie meinte ihren Bruder und sich, „wir sollen etwas anderes machen und nicht den Hof weiterführen. Wir sollen es besser haben und nicht so hart arbeiten müssen wie sie, sondern Geld verdienen und Urlaub machen und wegziehen und das Leben genießen. Das wollen wir aber nicht! Wir wollen Bauern sein und den Hof weiterführen und uns um unsere Tiere kümmern, und wir wollen davon auch selbst leben können. Doch wenn man das ganze Jahr arbeitet und kaum Kontakt zu anderen hat, dann denkt man manchmal, dass man ganz allein damit ist. Aber wenn wir hierherkommen und die anderen sehen, die Stimmung spüren und mit anderen Bauern sprechen, die das auch meinen, dann wissen wir, dass wir viele sind und dafür lohnt es sich immer zu kommen!“

Oder die Frau, die spät abends mit ihrem Sohn auf dem Trecker aus der Rostocker Gegend bei uns auf den Hof fuhr und fragte, ob auch sie bei uns schlafen könnten? Natürlich könnten sie das. Aber warum war sie nicht mit den anderen aus der Gegend zusammen gefahren? Sie hätte davon heute Mittag erst erfahren und sich dann spontan mit ihrem Sohn entschlossen zu kommen. Das erste Mal!

An einem Donnerstagabend vor der Demo 2017, als wir in den Vorbereitungen waren, stand ein einsamer Fahrradfahrer abends vorm StadtGut. Auf Nachfrage erfuhren wir, dass er gerade mit dem Fahrrad aus dem Münsterland kam, bereits seit Tagen mit dem Rad unterwegs war und Samstag mit diesem im Treckerzug mitfahren möchte. Er sei auch Bauer und wollte sich noch eine Unterkunft besorgen. Das kam ja gar nicht in Frage, Martin nahmen wir natürlich mit in die Küche und gaben ihm Speis und Trank und ein Bett zum Schlafen. Er belohnte uns dafür mit Geschichten aus seinem Alltag und seinem Leben!

StadtGut Blankenfelde voller FTrecker und von oben Foto: DieAuslöser

Manchmal sind es nicht nur die Trecker, die liegen bleiben. Manchmal ist es auch ein Bauer, der nach der vielen Vorarbeit zu Hause, der Organisation und Anfahrt morgens nicht hochkommt, oder besser: sich wieder legen muss, weil nichts mehr geht. Auch dieser wird gut versorgt und unterhalten, übersteht den Tag auf der Couch mit Wärmflasche und Decke, bis alle zurückkommen. Seinen Trecker lieh er morgens kurz entschlossen einem anderen, dessen Schlepper gerade ausgefallen war. Wenn am Freitagabend vor der Demo die meisten erwarteten Trecker heil angekommen sind und herzlich willkommen geheißen wurden, werden Gespräche geführt, Geschichten erzählt, gegessen und getrunken. Dann geht es um die gemeinsame Fahrt morgen, die Arbeit, die Zukunft und Freundschaften. Es wird warm und entspannt und gemütlich. Immer mehr junge Leute sind dabei, es gibt Nachwuchs und Hoffnung. Bis in die Nacht treffen noch Fahrzeuge ein und am Morgen noch die, die aus der Umgebung dazu kommen, um wenigstens noch einen Kaffee zusammen zu trinken. Der Hof ist voll, aber das fanden wir auch schon am Abend und etliche Fahrzeuge zuvor.

Wenn auch die letzten Schlepper angekommen sind, auch die, die unterwegs noch eingesammelt oder repariert wurden, dann ist es Zeit zu frühstücken, egal wie lange man geschlafen hat. Letzte Vorbereitungen an Aufbauten und Transparenten werden vorgenommen. Beim Frühstück wird noch eine letzte Ansprache für die gemeinsame Sache und mit letzten Instruktionen zur achtsamen Fahrt durch Berlin gehalten. Dann brummen die Motoren. Aufsitzen, konzentrieren, abfahren in Reihenfolge mit Polizeigeleit und einem gemeinsamen Ziel! Einmal im Jahr kann man sie sehen, die alten und jungen Hasen, immer mehr von ihnen, die täglich das produzieren, was wir essen möchten. Sie lieben es, das zu tun, und sie möchten dafür auch fair bezahlt und behandelt werden!

Tatsächlich kam es auch einmal vor, dass ein Trecker einsam stehen blieb, da die „Besatzung“ das ganze laute und turbulente Treiben verschlafen hatte und dann später aufrücken musste …

Jedes Mal, wenn alle weggefahren sind, alles abgebaut und aufgeräumt ist und auch der letzte zurückgebliebene Schlepper abgeholt wurde, fühlen wir uns verkatert und ein bisschen traurig. Wir wünschten, dieses Wochenende würde nicht zu Ende gehen.

Doch wir freuen uns auf‘s nächste Mal und auf viele tolle Menschen, die es auf sich nehmen, mit ihrem Trecker nach Berlin zu kommen, selbst aus dem weit entfernten Köln, um zu zeigen, wie viele wir sind!

Für die „Herberge“ StadtGut Blankenfelde im Norden Berlins, Kai und Kristina Richter

Richtig handeln

Bio-Verbandsware im konventionellen LEH ist eine Herausforderung

Schlüsselqualifikation Kommunikation auch im Ökolanbau Foto: Stephan/BLE

Was ihn besonders treffe, sagt Georg Rieck, Naturkosthändler in Gießen, sei die Tatsache, dass man als Bioszene mal angetreten sei mit der Vorstellung, neben Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung auch das Handelssystem zu ändern, und nun, in dem Moment, in dem man mit den eigenen Vorstellungen tatsächlich weit in die Mitte der Gesellschaft reiche und Veränderungen in Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung möglich würden, ausgerechnet der konventionelle Lebensmitteleinzelhandel der ganzen Verbreitung Schub verleihe. Rieck begrüßt das Ende der „Zwangsehe“ zwischen Bioverbänden und Naturkosteinzelhandel, Abschottung sei niemals gut. Gleichzeitig treiben nicht nur ihn viele Bedenken um im Umgang mit inzwischen fast übermächtigen, bislang beharrlich mit Preisdruck agierenden Marktpartnern. Rieck hat einen Brief an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Lebensmittelhandelskette Real, Patrick Müller-Sarmiento, geschrieben, nachdem dieser eine Rede zum Thema Nachhaltigkeit als Reals zukünftiges zentrales Handlungsmotiv gehalten hatte. Rieck kritisierte, dass sich Müller-Sarmiento an den Fehlentwicklungen der konventionellen Landwirtschaft abarbeite, eine zentrale Triebkraft dafür aber außer Acht lasse: das System der Preisdrückerei des Handels, perfektioniert von den Discountern, die – bislang zumindest – immer nur den Zuschlag dem günstigsten Anbieter gaben und sich kaum auf Sicherheiten oder längerfristige Verträge bei den Zulieferern einließen. Aber, sagt Rieck, das Problem sei auch eine kulturelle Frage, 60 Jahre lang habe der Handel den Kunden falsch erzogen, nämlich dazu, nur auf günstige Preise zu reagieren. Soll man dem Handel nun glauben, dass er zukünftig dem Kunden etwas anderes beibringen will? Höherpreisige Qualität? Faire Erzeugerpreise durchgereicht? Stabile und langfristige Lieferbeziehungen, auch wenn das teurer ist? Momentan scheinen es einzelne in den Handelskonzernen zu sein, die Routenänderungen wollen. Rieck spricht das auch Müller-Sarmiento nicht ab, der ihn nach seinem Brief zum Gespräch traf. Aber setzen die sich langfristig durch?

Das Handeln des Handels wirbelt gerade an unterschiedlichen Stellen in der Bioszene. Zum Beispiel auch an der Frage, ob nach wie vor alle verbandsgebundenen Biobetriebe in die Kanäle des konventionellen Lebensmitteleinzelhandel (LEH) liefern können, auch wenn nun mit Bioland ein erster Verband namentlich mit Lidl einen Vertrag geschlossen hat. Bislang war es übliche Praxis, dass die in unterschiedlichen Verbänden gewachsenen Vermarktungsorganisationen oder Verarbeiterfirmen die Ware der jeweils anderen abnahmen. Im Geschäft mit dem LEH spielte der einzelne Verband bislang kaum eine Rolle, die Anforderung war meist „Verbandsware“. Man profitierte gegenseitig. Schließlich gibt es in bestimmten Regionen eine Verbundenheit von Bauern und Verarbeitern mit bestimmten Verbänden. Deutschlands größter Anbauverband Bioland wollte nun von Betrieben des Biokreis-Verbandes, dass sie sich zusätzlich nach Bioland-Kriterien kontrollieren lassen, was mit weiteren Kosten verbunden wäre. In letzter Konsequenz, so Biokreis-Geschäftsführer Sepp Brunnbauer, würde das dazu führen, dass die Betriebe gleich ganz den Verband wechseln würden. So ein Vorgehen bedrohe die Vielfalt in der Verbandslandschaft, welche, so Brunnbauer, aus regionalen Besonderheiten heraus entstanden, auch ein Beitrag zur Demokratie sei. Es sei eine politische Frage von Macht und Ohnmacht, die hier gestellt werde. Nun gab es ein Gespräch mit Bioland, bei dem man sich einigen konnte: Es solle einen Richtlinienabgleich geben und dann eine Austauschbarkeit manifestiert werden. Ein beispielhafter Vorgang, auf den auch die anderen Verbände blicken. Schließlich betrifft es an der einen oder anderen Stelle jeden der momentan vorhandenen Bioverbände. Einigkeit an der Stelle bedeutet eben auch, dass sich die eigentlichen Verbündeten nicht durch den qua Größe sowieso schon überlegenen neuen Marktpartner auseinanderdividieren lassen. Wenn das passierte, wäre Bio endgültig in dem System angekommen, das es eigentlich immer verändern wollte. *cs*

Noch ein weiter Weg in den Köpfen

BÖLW-Kongress blickt mit Politikern in die Zukunft und in Abgründe

Die Reisenden aus der Zukunft sind gut angekommen bei der Jahrestagung des Bundesverbands ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Impulsgeber aus dem Jahr 2030, so die Idee der Veranstalter, sollten als Zeitreisende Bundestagsabgeordneten von heute zeigen, wo es hingegangen ist. Sie präsentierten rosige Visionen im Sinne der meisten Anwesenden aus der ökologischen Agrar- und Umweltszene. Doppelt so viel Platz in den Ställen für die Tiere, weniger regionale Konzentrationen in der Tierhaltung dadurch mehr geschlossene Nährstoffkreisläufe umriss Harald Grethe, Professor an der Berliner Humboldt-Uni, der schon als Mitautor des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung in diese Richtung argumentierte. Erreicht sei aber auch ein Mit- oder Nebeneinander von kleinen und großen Vermarktungs- und Betriebsstrukturen – allerdings nicht durch eine pauschale Honorierung kleinerer Betriebe durch Fördermittel, sondern rein durch die Bindung der Agrarzahlungen aus Brüssel an erbrachte Leistungen. Damit ließe sich schließlich auch honorieren, was kleine Betriebe besser könnten, so Grethe, Weidegang beispielsweise. Wo die Politik in den Jahren bis 2030 nicht gehandelt habe, hätten Richter Fakten geschaffen. Der Staat habe seine Aufgaben nicht wahrgenommen, auch bei der Tierhaltungskennzeichnung nicht, da hätte es der Lebensmitteleinzelhandel schließlich in die Hand genommen.

Ernährungsdemokratie

Fast erwartungsgemäß wehrte sich in der folgenden Diskussion mit Bundestagsabgeordneten der CDU-Vertreter Albert Stegemann dagegen, dass die erste Säule der GAP „böse“ sei. Auch seine rhetorische Frage, was er denn einem jungen, dynamischen Landwirt raten solle, wenn der ihn nach einem Stallneubau frage, beantwortete er nicht unbedingt im Sinne der Anwesenden: „Pachte den Stall vom Nachbarn.“ Friedrich Ostendorff von den Grünen mahnte aber Bauern und Verbraucher mitzunehmen, beim Umbau der Tierhaltung wie auch bei der unausweichlichen Reduktion des Fleischkonsums. Wie schwer letzteres ist, machten in der späteren Runde Katharina Landgraf von der CDU wie auch Ulrike Schulte von der SPD deutlich. Nachdem die Zukunftsreisende Henrike Rieken vom Ernährungsrat Berlin eine harmlose Vision von regionaler Vielfalt in Landwirtschaft und Handwerk, Großküchen und Kochkultur gezeichnet hatte, pikierte sich Sächsin Landgraf über das nicht vorkommende schnöde Butterbrot und Schulte witterte gar die Ökodiktatur, die vornehmlich dem Mann das Schnitzel nehme. Schöner als Kirsten Tackmann (Linke) konnte man das nicht kommentieren: „Jetzt hab’ ich verstanden, warum das alles hier so schwierig ist.“ Es gehe doch um Allianzen zwischen Verbrauchern und Bauern und um Ernährungsdemokratie. Dem pflichtete Renate Künast von den Grünen bei.

Zwischendurch hatte noch der Zukunftsreisende Professor Peter Feindt, auch von der Humboldt-Uni und ebenfalls in einem Wissenschaftlichen Beirat, allerdings zur Biodiversität, eine ebenfalls bemerkenswerte Zukunft blühender Landschaften skizziert. Zielgerichteter Einsatz der GAP-Gelder, ein Verbot der Totalherbizide mit einhergehender Rund-um-die-Uhr-Beratung der Bauern und Bäuerinnen zum integrierten Pflanzenschutz klingt bemerkenswert. Die Reaktion der Abgeordneten Hermann Färber (CDU) und Rainer Spiering (SPD) ist es auch: Technik und Digitalisierung machen es in Zukunft. Ein Systemwechsel, weil die bisherigen Strategien nicht funktioniert haben, wie ihn allen voran immer wieder der BÖLW-Vorsitzende Felix Prinz zu Löwenstein fordert, kommt in der großen Koalition nicht an. *cs*

Digital Animal Farming

Auch auf der Eurotier dreht sich vieles um mehr Computer im Stall

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) freut sich über eine erfolgreiche Messewoche: „2.597 Aussteller aus 62 Ländern präsentierten ihre Neuheiten und Konzepte für die landwirtschaftliche Praxis weltweit. Digitale Lösungen mit Elektronik, Steuerungs- und Regeltechnik, Datenmanagement sowie Innovationen aus den Bereichen Stallbau, Fütterungs- und Haltungstechnik und Züchtung setzen neue Impulse für Effizienz und Tierwohl.“ Mehr Effizienz, das überrascht nicht. Ist sie doch in fast allen Lebensbereichen das Ziel. Sie waren in allen Hallen vor allem bei den großen Herstellern zu finden: Ein Melkkarussell mit zentralem Bedienterminal, das dem Melker jederzeit Zugriff auf die Daten jeder einzelnen Kuh und auch des aktuellen Melkvorgangs zur Verfügung stellt. Mikrosensoren, die es mittels Beschleunigungs- und Temperatursensor ermöglichen, physiologische Verhaltensmuster, zum Beispiel die Wasseraufnahme, die Pansenaktivität und die Herzfrequenz bei Kühen zu messen. Automatisieren lässt sich auch das Dippen der Kühe nach dem Melken. Entweder durch ein besonderes Melkzeug oder gleich durch einen Roboterarm, der auf dem Stand von DeLaval den Kunden nach erfolgter Demonstration zuwinkt. „Für normale Betriebe ist das hier doch alles nichts“, fasst es ein Landwirt zusammen. Dieser Eindruck entsteht schnell, wenn man die riesigen Güllefässer, Melkkarussells und Modelle von Schweinemastanlagen sieht. Aber es gibt auch die anderen Stände, die „kleines“ Material haben. Mobile Melkanlagen, Weidemelkstände, Hallen, Bodenbeläge und Liegeboxenmatten. Für die meisten Landwirte, immerhin 60 Prozent der Besucher, wie eine von der DLG in Auftrag gegebene Umfrage zeigte, war der Messebesuch denn auch positiv. Wer allerdings nach Hannover gekommen war, weil er sich Antworten auf die aktuelle gesellschaftliche Diskussion zum Tierwohl in den Ställen abholen wollte, musste schon genau schauen. Vor allem der Schweinebereich ist seit längerem in der öffentlichen Kritik. Für viele Betriebe eine Situation, in der man für zukünftige Investitionen gerne wüsste, wie sich die politischen Vorgaben entwickeln, welche rechtlichen Rahmenbedingungen in Zukunft gelten und welche Standards die Schlachtunternehmen und der Handel zukünftig verlangen. Klare Antworten hierzu konnte man auf der Messe nicht finden, auch wenn das Thema in vielen Hallen präsent war.

Tiefstreu und Häckselstroh

BigDutchman präsentiert einen Schweinestall mit Tiefstreu. Mittels einem Rottebeschleuniger sollen Kot und Urin schnell umgewandelt werden, um Stickstoffemissionen zu reduzieren. Umgestallt werden müssen die Tiere nicht mehr. Ausgemistet wird am Ende der Mastperiode mit dem Radlader. Stroh einstreuen übernimmt nach Wunsch ein an der Decke schwebender Automat, der auch noch erkennen kann, wo die nassen, verkoteten Stellen sind. Ein andere Variante stellt Schauer mit seinem NaturLine-Stallkonzept vor. Von einem warmen Abteil mit wenig Häckselstroh, das die Tiere vor allem fressen sollen, geht ein zweigeteilter Kaltbereich ab. Direkt nach der Verbindungstür kommt ein planbefestigter Fressbereich, an den sich ein Spaltenboden anschließt. Die klassischen Güllekanäle sind durch einen Schieber ersetzt. Der leicht schräge Boden soll zudem helfen, Festes und Flüssiges zu trennen und Emissionen zu reduzieren. Konzepte zur Trennung fester von flüssigen Bestandteilen waren bei verschiedenen Anbietern ausgestellt. Hintergrund dürfte auch die derzeit schwierige Berechnung der Emissionen von offenen Ställen mit Stroh sein, die auch im Genehmigungsverfahren auftaucht. Exemplarisch zeigen diese beiden Stallkonzepte, dass vieles möglich ist. Der eine mit viel Stroh, der andere mit Minimaleinstreu, dafür aber mehreren Temperaturbereichen. Ob die Stallvarianten für Schweine mit Ringelschwanz taugen, dürfte ganz maßgeblich auch von der Belegungsdichte und vom Management abhängen. Klare Aussagen wurden diesbezüglich an keinem der Messestände gemacht.

Tierwohl kostet Geld

Wie vielschichtig die Anforderungen an einen tiergerechten, arbeitswirtschaftlich und ökonomisch wettbewerbsfähigen Stallbau sind, zeigt die auch auf der Eurotier präsentierte Zusammenstellung verschiedener Stallbauvarianten „Geamtbetriebliches Haltungskonzept Schwein – Mastschwein“, die in Kooperation der Landesanstalten und Landesämter für Landwirtschaft entstanden ist. Aufgeführt werden zwanzig Stallbauvarianten, von der Umbau-

lösung ohne Stroh bis zum neugebauten Außenklimastall mit Stroheinstreu und mehr Platz. Die Autoren wollen ihre Broschüre als Grundlage für zukünftige Diskussionen verstanden wissen, schreiben sie im Vorwort. Immer wieder verdeutlichen sie das Spannungsfeld, in dem sich die Schweinehaltung befindet, und untermauern dies mit konkreten Zahlen und/oder planungsrechtlichen Anforderungen. In jedem Fall steigen die Kosten, wenn man das „gegenwärtige, hocheffiziente Haltungssystem ‚Vollspaltenboden im geschlossenen Stall‘“ zugrunde legt. Wenn das Mehr an Beschäftigung sich nicht in einem bunten Beißstern, einer Kette mit Plastikball oder einem Strohturm erschöpfen soll, wird es teurer. Stallvarianten mit Stroheinstreu und mehr Fläche erhöhen den Preis pro Mastschwein um 25 bis 30 Euro oder 25 bis 30 Cent pro kg Schlachtgewicht, so die Studienergebnisse. Will man Schweine mit langen Schwänzen, dann, so die Autoren, erhöhen sich die Kosten durch die zusätzliche Tierkontrolle auf 40 Euro je Mastschwein. Leider spielen die Autoren, die zu Beginn eine gesellschaftliche Diskussion und als Folge vielleicht eine politische Weichenstellung angeregt hatten, im letzten Absatz den Ball wieder zu den Landwirten: „Inwieweit die in der Broschüre beschriebenen Haltungskonzepte in der Zukunft realisiert werden, hängt letztlich von der Investitionsbereitschaft der Landwirte ab.“

Politische Wahrnehmung

Die Eurotier: Sie ist die Leitmesse zur Tierhaltung, schreibt die DLG. In Zeiten, in denen Landwirte nach gesellschaftlicher Akzeptanz suchen, die Gesellschaft immer wieder ihre Anforderungen an eine artgerechte Tierhaltung formuliert und der Handel als Verbindungsglied über eigene Label versucht, diesen Ansprüchen nachzukommen, muss es verwundern, wenn die Landwirtschaftsministerin keine Zeit findet, die Messe zu besuchen und stattdessen ihren Staatssekretär schickt. Es bleibt unverständlich, weshalb die Bundesministerin zwar ein Projekt zum Ende des Kükentötens medienwirksam in Berlin präsentiert, aber den Dialog mit den Landwirten auf der Eurotier nicht wahrnimmt. Wer sich stellvertretend für die Bundesregierung für eine tiergerechte Haltung einsetzen, Landwirte und Verbraucher zusammenführen soll, dessen Linie muss erkennbar werden, weil jeden Tag Bäuerinnen und Bauern darüber nachdenken, wie sie ihre Betriebe entwickeln, und ihre Entscheidungen dazu beitragen, wie Landwirtschaft zukünftig gestaltet wird. *mn*

Zwischen Regen und Traufe

Die Alternativen zur betäubungslosen Ferkelkastration

Unsere Ferkel werden schon seit Jahren nicht mehr kastriert. Wir sind sehr froh darüber, denn es ist wahrlich keine angenehme Arbeit. Für uns ist das nur möglich, weil alle Ferkel in der Nachbarschaft an einen Mäster geliefert werden und der wiederum einen Schlachtbetrieb als Abnehmer hat. Unkastrierte Ferkel in den Handel abzugeben ist nicht möglich. Glücklicherweise nimmt die Fa. Tönnies unbegrenzt Jungeber ab. Mit der Ebermast können die Vorgaben des Tierschutzgesetzes befolgt werden. Jedoch ist bei vielen Schlachtunternehmen der Absatz begrenzt bzw. im klein- und mittelständischen Bereich nicht möglich. Zu Unrecht wird vermutet, dass es hier vorgeschobene Gründe gibt. Es müssen aber Geruchsproben genommen werden, der Absatz im Lebensmitteleinzelhandel (LEH) bzw. im Export ist schwierig, und in der Verarbeitung sind Einschränkungen durch mangelnde Fleisch- und Fettqualität gegeben. Lebensmitteltechnologen der Hochschule Anhalt für das Fleischerhandwerk haben das bestätigt und sie können die Ebermast nur bedingt empfehlen. Unser Mäster hat bereits angekündigt, dass wir wieder kastrieren müssen, sobald mögliche Verfahren erlaubt sind und technisch umgesetzt werden können. Die Immunokastration durch Impfung kommt für ihn nicht in Frage, da es für ihn Kosten und Arbeit bedeutet. Die Beeinträchtigung des Schlachtkörpers wie bei Ebermast trifft auch bei der Impfung der Tiere mit „Improvac“ zu. Da vermutlich bis zum Jahresende die notwendigen Arzneimittel- und anwendungsrechtlichen Voraussetzungen geregelt sein werden, bietet sich bei der Kastration nur die Inhalationsnarkose, die „Neuland-Methode“ an. In der Öffentlichkeit und von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurde in den vergangenen Monaten oft der Vorwurf erhoben, die Bauern bzw. die Bauernlobby wollten die Umsetzung der Kastration bei Schmerzausschaltung (laut Tierschutzgesetz) verhindern. Das ist nicht richtig. In den vergangenen fünf Jahren wurde vom Bundeslandwirtschaftsministerium versäumt, die notwendigen Vorgehensweisen in einen gesetzlich konformen Rahmen zu fügen. Auch bei der anstehenden Genehmigung der Inhalationsnarkose und deren Anwendung durch den Ferkelerzeuger müssen die Geräte erst noch produziert werden. Mit ausreichendem Arbeitsschutz – einer Ausstattung mit Abgasfilter – und digitaler Erfassung der Isofluranabgabemengen, d.h. Feststellung der Anzahl betäubter Ferkel – sind sie zwar nicht ganz so groß wie ein koreanischer Kleinwagen, aber doch annähernd so teuer. Die Ausstattung mit einem Filter ist unerlässlich, da das Isoflurangas (eine chemische Verbindung ähnlich dem FCKW) gesundheits- und umweltschädlich ist.

Schmecken und riechen noch mal ganz anders Foto: Hofschlaeger/pixelio

Optimale Betäubung

Ob ein überbetrieblicher Einsatz der Narkosegeräte möglich ist und wie viele Personen zur Bedienung notwendig sind, um den optimalen Betäubungszeitpunkt zu treffen, wird die Erfahrung beim Einsatz zeigen. Voraussetzung ist in jedem Fall eine intensive Schulung der Anwender. Daneben gibt es die Möglichkeit der Injektionsnarkose mittels Ketamin oder Azaperon. Dieses Verfahren wird jedoch keine breite Nutzung finden, da die Ferkel lange in Narkose liegen, die Mittel kaum verfügbar sind und die Anästhesie unbedingt vom Tierarzt durchgeführt werden muss. Diese Mittel scheinen eine heftige Droge zu sein. Bei einer Diskussion verstieg sich ein Tierarzt zu der Mutmaßung, dass überschüssige Mengen am Bahnhof verkauft werden könnten.

Ernüchternde Ergebnisse

Seitens der Ferkelerzeugung wurde in den vergangenen Monaten für einen 4. Weg geworben. Diese Lokalanästhesie wird in Dänemark und Schweden angewendet. Die Mittel- und Arbeitskosten sind geringer. Da jedoch in der deutschen Tierschutzgesetzgebung eine Schmerzausschaltung vorgeschrieben ist (und nicht nur eine Schmerzlinderung), ist dieser Weg nicht gangbar. In einem kürzlich veröffentlichten Versuch auf Haus Düsse (Versuchsstation der Landwirtschaftskammer NRW) war mit dem zugelassenen Mittel „Procain“ eine wirksame Schmerzausschaltung nicht nachweisbar. Eine Zulassung eines geeigneten Mittels (Lidocain wie in Schweden) würde laut Bundesministerium bis zu fünf Jahren dauern. QS, das Qualitätssicherungssystem für Schweine, hat eilfertig die Lokalanästhesie wie in Dänemark zugelassen. Darüber freuen sich die Dänen, obwohl ihr Verfahren nicht dem deutschen Staatsziel Tierschutz entspricht. QS sollte den Dänenferkeln deshalb mindestens 5 Punkte von 100 generell abziehen. Die höheren Kosten wird der Ferkelerzeuger zu tragen haben, da sie von der konventionellen Produktion nicht in einer Wertschöpfungskette weitergegeben werden können. Es wird sogar in der Branche bereits eine besondere Notierung für Eberferkel diskutiert.

Von den 8.400 Ferkelerzeugern in Deutschland werden wieder viele aufgeben. Auch viele kleine und mittelständische Schlachtbetriebe werden betroffen sein.

Günther Völker, AbLer und Sauenhalter in Westfalen

Trüffel und Moschus

Neben der Diskussion über die Anwendung von Glyphosat füllt nun die Auseinandersetzung über die Kastration der Eberferkel die Schlagzeilen und Meldungen in den Medien. Ich bekam es zu spüren, als ich kürzlich auf einer Geburtstagsfeier war. Die Gäste – hauptsächlich landwirtschaftsferne Akademiker – hatten viele Fragen an mich, als sie merkten, dass ich ein Bauer war. Ich musste erklären, was es mit diesem Für und Wieder bei der Kastration auf sich hat, dass ein geringer Prozentsatz bei Ebern beim Kochen oder Braten einen auffälligen Geruch und Geschmack entwickelt. Bislang hatte noch niemand der Gäste eine Erfahrung damit gemacht. Im Laufe des Abends wurde zum italienischen Weißwein eine Schüssel mit Kartoffelchips auf den Tisch gestellt. Ich esse gerne Kartoffeln in allen Zubereitungsformen, nur als Chips mag ich sie nicht. Trotzdem probierte ich einige. Sie schmeckten mir äußerst unangenehm. Ich kannte sie mit Salz und Paprika, diese hatten aber noch eine andere Geschmacksvariante. Man klärte mich auf, dass diese Chips mit Trüffelgeschmack angereichert sind. Das gab mir Gelegenheit, die eher abstrakten Erklärungen zu geschmacksauffälligem Eberfleisch praktisch zu vertiefen, indem ich erklärte, dass Trüffeln danach schmecken. Den toscanaaffinen Genießern transalpiner Küche war Unglauben und Entsetzen anzusehen. Die Erklärung war aber naheliegend und traf auf ihr Trüffelwissen. Weilbliche Schweine finden Trüffeln, weil sie instinktiv auf den Ebergeruch reagieren. Das leuchtete ein. Mit einem allgegenwärtigen Smartphone ließ sich noch ein letzter Zweifel ausräumen: „Der Duft des Pilzes ähnelt sehr stark dem Andosteron, dem Sexualduftstoff des Ebers.“ Sie werden weiter Trüffeln essen vielleicht jetzt erst recht. Eberfleisch hat es dagegen schwer. Ein großes Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels will jedoch unbegrenzt Eberfleisch vermarkten. Der Chefeinkäufer dieses Unternehmens hielt vor einiger Zeit bei uns einen Vortrag. Er sagte, dass in der Zentrale des Unternehmens im Jahr ca. 70.000 Beschwerden ankommen. Sie reichen vom Kundenparkplatz über die Kasse bis in die Küche der Kunden. Zwei Beschwerden betrafen geruchsauffälliges Schweinefleisch. Diesen zwei Auffälligkeiten wurde nachgegangen. Die Beschwerdeführerinnen waren zwei Bäuerinnen, die den „Braten gerochen hatten“. In der Abneigung, dass sie demnächst Eber mästen müssten, hatten sie bereits vorsorglich ihren Widerstand zum Ausdruck gebracht. Das Problem soll nicht heruntergespielt werden. In der Öffentlichkeit wird es sehr kontrovers diskutiert. In einer Nachrichtensendung erklärte eine Reporterin, wie denn nun das auffällige Eberfleisch riecht: „Wie eine vollgepinkelte Eisenbahnunterführung.“ Der Vergleich hinkt heftig. Zu dieser Geruchsbildung tragen biochemische Prozesse bei, die weit entfernt sind von Testosteron oder Andosteron. Eher sind es schwefelhaltige Abbauprodukte z.B. nach dem Genuss von Spargel. Spargelesser pinkeln jedoch nicht vorzugsweise unter Eisenbahnunterführungen. Bei vielen Urteilen und Vorurteilen wird es schwierig, Eberfleisch im Markt zu platzieren. Deshalb wird in der Eberzüchtung versucht, Tiere herauszufinden, die den Geruch wenig vererben. Ein deutsches Zuchtunternehmen hat ihre Vatertierlinie 77 entsprechend selektiert. Diese Zuchtlinie haben sie 7711 genannt. Hoffentlich kommt es nun nicht zu Assoziationen, dass nämlich Sinneseindrücke und Emotionen miteinander verknüpft werden und dem Braten ein Duft von Moschus entweicht. *Günther Völker*

Verschoben, aber nicht gelöst

Welche Methode zukünftig die betäubungslose Ferkelkastration ersetzen soll, ist nicht abzusehen

Der Druck scheint raus zu sein. Anfang November haben die Koalitionsfraktionen aus CDU/CSU und SPD einen gemeinsamen Entwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes beschlossen. In erster Lesung wurde dieser im Bundestag beraten und dann an den Ernährungsausschuss übergeben. Dieser führt noch eine öffentliche Anhörung durch, bevor die Fristverlängerung, so die derzeitige Zeitplanung, am 29. November im Bundestag beschlossen werden soll. Die letzte Hürde könnte das Gesetz dann am 14. Dezember im Bundesrat nehmen. Wenn alles so kommt wie geplant, wäre „längstens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 […] eine Betäubung nicht erforderlich für das Kastrieren von unter acht Tage alten männlichen Schweinen“, so der Gesetzestext. Mit der Gesetzesänderung wird aber nicht nur die Ausstiegsfrist um zwei Jahre nach hinten verschoben. Damit diesmal nicht – wie beim ursprünglichen, schon vor fünf Jahren angekündigten und auf Ende 2018 geplanten Verbot der betäubungslosen Kastration – die Frist tatenlos verstreicht, werden konkrete Handlungsaufgaben verteilt.

Sauenhaltung kann Vielfalt, auch in der Kastrationsfrage Foto: Stephan/BLE

Betäubung

Vor allem, das wurde in den Beratungen im Bundestag deutlich, sollen die Landwirte bei der Umstellung nicht alleine gelassen werden. Insbesondere von der SPD kam die Forderung, dem Narkosemittel Isofluran möglichst zügig eine tierarzneimittelrechtliche Zulassung zu erteilen. Die derzeitige Anwendung z. B. bei Neuland-Betrieben findet unter einer Umwidmung durch den behandelnden Tierarzt statt. Bis spätestens zum 31. Mai 2019 muss, so der Gesetzestext, dem Bundestag eine Rechtsverordnung des Bundeslandwirtschaftsministeriums zugeleitet werden. Konkreter wurden die Parlamentarier des Bundestages. Sie forderten unter anderem, dass die Rechtsverordnung dem geschulten Landwirt die Durchführung der Isoflurannarkose ermöglichen solle. Bisher unterliegt diese der Überwachung durch einen Tierarzt. Inwieweit der Tierarzt auch zukünftig die Narkose selbst durchführen muss oder zumindest anwesend sein muss, ist derzeit noch offen. Hier ergäben sich Möglichkeiten, geschulten Landwirten unter der Kontrolle des zuständigen Tierarztes die eigenständige Durchführung zu ermöglichen. Zum Beispiel könnte die Verdampfereinheit des Gerätes mit Zähler bei einem Tierarzt vor Ort und in dessen Verantwortung stationiert sein und würde von den Landwirten ausgeliehen, erklärt Stefan Waldner von der Firma Waldner Maschinenbau, die ihr Gerät zur Ferkelnarkose auf der Eurotier in Hannover ausstellt. „Somit wäre gewährleistet, dass die Zahl der kastrierten Ferkel und der Verbrauch an Isofluran an zentraler Stelle erfasst würden.“ Eine klare Anweisung erteilt der Gesetzestext dem Bundesministerium, das dem zuständigen Fachausschuss alle sechs Monate über die „Umsetzungsfortschritte bei der Einführung alternativer Verfahren und Methoden zur betäubungslosen Ferkelkastration“ berichten muss. Auf der EuroTier war die Ferkelkastration für viele Schweinehalter ein Thema. Neben zwei Ständen mit Narkosegeräten für Isofluran war vor allem der Messestand von Zoetis nicht zu übersehen. Zoetis hat die in der aktuellen Diskussion immer wieder genannte Immunokastration durch zweimaliges Impfen der Eber entwickelt. Die Impfpistole, die eine Selbstinjektion vermeiden soll, ist ebenso ausgestellt wie die Forschungsergebnisse zur besseren Futterverwertung der behandelten Eber gegenüber Kastraten. Wichtig in der aktuellen Diskussion ist es Zoetis auch darzustellen, dass die Fleischqualität geimpfter Eber deutlich besser ist als bei reiner Ebermast. Zuletzt hatte eine Untersuchung der Hochschule Anhalt in Sachsen-Anhalt gezeigt, dass das reine Eberfleisch aufgrund seiner veränderten Fettzusammensetzung und seines geringeren Wasserhaltevermögens deutliche Nachteile in der Verarbeitung mit sich bringt. Immunokastrierte Tiere schneiden hier deutlich besser ab, so der Zoetis-Vertreter. Er verweist auf Untersuchungen, die zeigen, dass der Gehalt an mehrfach ungesättigten Fettsäuren (PUFA) zwar zwei Prozent über denen von Kastraten liegt (ca. 12,5%), aber deutlich unter denen von nicht geimpften Ebern (ca. 16,5%). Ein weiteres Argument für die Impfung anstelle der Ebermast sei die Verhaltensänderung der „Eber“, die in der Folge deutlich weniger aggressiv seien, wodurch Verletzungen durch Rangkämpfe, Aufreiten und Penisbeißen ausgeschlossen seien.

Und der vierte Weg

Zwar hält der Bauernverband nach wie vor am vierten Weg, also der Lokalanästhesie, fest, in der aktuellen Diskussion wird diese Variante aber nur am Rande diskutiert. In einem Forschungsprojekt soll bis Mitte 2021, also nach Ablauf der Fristverlängerung, geprüft werden, ob die lokale Betäubung überhaupt eine gesetzeskonforme Schmerzausschaltung gewährleistet. Darüber hinaus müssten die einzusetzenden Medikamente eine Zulassung bekommen und die Methode bräuchte eine Ausnahmeregelung, damit die Schweinehalter sie selbstständig ohne Tierarzt durchführen könnten.

Aufklärung

Im Rahmen der Verhandlungen hat der Haushaltsausschuss für die Schulung von Landwirten und die Information von Verbrauchern 38 Mio. Euro bewilligt. Ob das Geld vor allem für die Schulung der Landwirte oder aber für eine Aufklärung der Verbraucher eingesetzt wird, hängt auch von der Variante ab, wie zukünftig mit Ebern umgegangen werden soll. Während bei den Kastrationsmethoden, neben rechtlichen Anpassungen, Schulungen der Landwirte erforderlich würden, damit diese die aktuell im Zuständigkeitsbereich der Tierärzte liegende Betäubung bzw. Lokalanästhesie übernehmen könnten, ist die Immunokastration von den Landwirten schon heute ohne rechtliche Änderungen und Weiterbildungen praktisch umsetzbar. Hier sind es vor allem die Schlachtunternehmen, der Handel und die Verbraucher, die sich dieser Methode gegenüber öffnen müssten. In agrarheute äußerte sich Dr. Ludger Breloh, Bereichsleister für Strategie und Innovation im Agrarsektor der REWE-Group, diesbezüglich offen: „Das Beste wäre, alle Vermarkter würden alle gesetzlichen Wege erlauben.“ Im gleichen Interview machte Tönnies-Chef Clemens Tönnies aber auch deutlich, dass der Schweinebereich nicht allein auf den deutschen Markt ausgerichtet ist, sondern es auch Akzeptanz der jeweiligen Methoden in den ausländischen Absatzmärkten geben müsse. Auf der Erzeugerebene zwischen Ferkelerzeugern und Schweinemästern gilt es, verlässliche Regelungen zu finden und nicht aus dem Marktsegment männliche Ferkel auf einmal zwei – kastrierte und unkastrierte – zu machen. Auch die je nach Methode in unterschiedlichen Stufen anfallenden Kosten müssen sich in der Preisgestaltung wiederfinden. *mn*

Kein offener Umgang

Ohne nähere Details zur Durchführung ihrer Untersuchungen zu nennen hat die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) veröffentlicht, dass das Verfahren der Inhalationsnarkose den Anforderungen eines sicheren Anwenderschutzes nicht genüge. Allerdings gibt es verschiedene Hersteller mit unterschiedlichen Gerätevarianten. So sind die Masken des bei Neuland zum Einsatz kommenden Geräts von einem schweizer Hersteller mit einer Doppelmaske und aktiver Absaugung ausgestattet, die eventuell frei werdendes Isofluran über einen Schlauch ins Freie ableitet. Diese Geräte hätten in der Schweiz alle Prüfungen zur Gerätesicherheit bestanden, so der Neuland-Vorstandssprecher Jochen Dettmer. Er fordert von der SVLFG mehr Transparenz bezüglich der Untersuchungsbedingungen. *mn*

Tierschutzprobleme des Systems

In drei Schlachthöfen decken Tierschutzorganisationen Verstöße auf

Am Ende gleichen sich die Bilder wie so oft. Nachdem bereits im Oktober die Soko Tierschutz mit einer versteckten Kamera aufgenommene Bilder aus einem Schlachthof im niedersächsischen Bad Iburg veröffentlicht hatte, folgten im November das Deutsche Tierschutzbüro mit Aufnahmen aus dem Schlachthof Oldenburg wie auch Animal Rights Watch (ARIWA) mit Videos aus dem Schlachtbetrieb Hakenberger Fleisch Gesellschaft in Ostprignitz-Ruppin. Der brandenburgische Betrieb verfügte auch über eine Zertifizierung zur Schlachtung von Bio-Tieren. Auf allen Filmen sind Verstöße gegen das Tierschutzgesetz zu sehen, keiner der Betreiber streitet es ab. Es sind alles Aufnahmen von Rindern, die nur unzureichend betäubt und zum Teil nicht fachgerecht abgestochen werden. Im Falle des Schlachthofes in Bad Iburg vermitteln die Filme den Eindruck, dass hierher gezielt Tiere gebracht wurden, die aufgrund von Krankheiten und Verletzungen gar nicht mehr hätten transportiert werden dürfen. Alle drei Betriebe sind inzwischen geschlossen, der in Bad Iburg wohl für immer. Der Oldenburger Schlachthof gehört zu den zehn größten des Landes. Auch er hat im Moment den Betrieb eingestellt, vor allem, da die abnehmenden Handelskonzerne, Aldi, Lidl, Famila, Frosta, sich abgewandt haben. Besonders erschreckend in Oldenburg ist, dass auf einigen Aufnahmen offenbar Amtsveterinäre dem tierschutzwidrigen Verhalten untätig zuschauen oder sogar entsprechend eingreifen, das Tierschutzbüro zeigte auch sie an. Im niedersächsischen Landtag äußerte sich Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) entsetzt über die Vorgänge und forderte einen „Neustart“ der Schlachtindustrie. Dagegen wehrte sich prompt die Verbandsvertretung, man habe es hier nicht mit einem systemaren Versagen zu tun, sondern mit Einzelfällen. Otte-Kinast erwägt die Videoüberwachung von Schlachtvorgängen. Die ist allerdings aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen nicht einfach durchzusetzen, und die grüne Landtagsabgeordnete Miriam Staudte fragte zu Recht, wer denn das Videomaterial alles angucken und auswerten solle. Zumal die eigentlich für Aufsicht und Kontrolle zuständigen Amtsveterinäre ja selber in der Kritik stehen. Es sei, das wurde auch in der Landtagsdebatte von verschiedenen Parteivertretern thematisiert, das System, das solche Bilder immer wieder produziere. Zu billigem Fleisch degradierte Tiere, die von unterbezahlten, unwürdig beschäftigten Mitarbeitern in Massenabfertigung in immer konzentrierteren, größeren Schlachthöfen getötet und verarbeitet werden müssen, damit die Verbraucher mit Schnäppchenangeboten in den Supermärkten abgespeist werden können. Zynisch könnte man nun sagen, die mindestens vorübergehende Schließung der drei Stätten jetzt fördert noch Konzentration und Druck auf die verbleibenden, ohne dass dort die Bedingungen für Menschen und Tiere wahrscheinlich wesentlich besser sind. *cs*

Eine Frage der Haltung

LEH wird Klöckner beim Labeln überholen

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) zieht schon eine positive Bilanz, wenn sie sich einmal mehr mit Raiffeisenverband und Fleischwirtschaft über ein freiwilliges staatliches Tierwohl-Label ausgetauscht hat, das vielleicht 2020 in Supermärkten auftauchen könnte und dessen Eingangsstufe über dem gesetzlichen Standard liegen soll. Währenddessen hat die Lebensmittelhandelsbranche sie längst auf der Überholspur links liegen gelassen. Alle vier großen Handelskonzerne in Deutschland, Rewe, Aldi, Lidl und Edeka, entwickeln nach Angaben der Osnabrücker Zeitung offenbar gerade gemeinsam eine Herkunftskennzeichnung für Fleisch. Nach dem Vorbild des von Lidl als erstem Marktakteur Anfang 2018 eingeführten Haltungskompasses – im Laufe des Jahres waren Kaufland, Netto und Penny als jeweilige Discounterkonkurrenz mit ähnlichen Kennzeichnungen, nur zum Teil unterschiedlich benannt, gefolgt – soll nun eine einheitliche Strategie umgesetzt werden. Da hinein würde sich dann auch Aldis „Fair und Gut“-Marke mit dem von Neuland gelieferten Premiumsegment und einer Außenklima-Mittelstufe einsortieren lassen. Nur Edeka hatte bislang noch nicht so richtig mitgemacht im Tierwohl-Kennzeichnungskarussell, allerdings zumindest auf regionaler Ebene Produkte des vom deutschen Tierschutzbund aufgelegten Siegels angeboten. Alle Beteiligen sind die Finanziers, die die Initiative Tierwohl (ITW) einst ins Leben gerufen haben. Pro Kilo Schweine- und Geflügelfleisch führen sie 6,25 Cent an die Initiative ab, die damit die höheren Aufwendungen der Bauern und Bäuerinnen zahlen soll. Für einen wirklichen Umbau der Tierhaltung reicht das nicht. Die ITW wird nun unter Umständen eine Rolle in dem Branchenkennzeichnungsprozess spielen. Nach der anhaltenden Kritik von Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden an den laschen Kriterien der ITW-Einstiegsstufe sollen diese nun angezogen werden. Sie wären dann bei einer vierstufigen Kennzeichnung wahrscheinlich die Stufe 2 (Stufe 1 wäre der gesetzliche Mindeststandard). Die dritte Stufe wird als Hauptmerkmal wohl Außenklima und/oder Auslauf für die Tiere beinhalten. Die Premiumstufe wird sicherlich der Bio-Standard werden, sie sollte aber auch konventionelle Tierhaltungsverfahren auf höchstem Niveau wie Neuland beinhalten. Nur so kann auch der konventionellen Tierhaltung eine Entwicklungsperspektive hin zum höchsten Niveau gesellschaftlicher Akzeptanz aufgezeigt werden. Angesichts der bisherigen Geschwindigkeit, mit der der konventionelle LEH im laufenden Jahr das Thema Tierwohl bearbeitet hat, darf man annehmen, dass es nicht bis 2020 dauern wird, bis einheitlich gekennzeichnete Produkte im Supermarkt liegen. Nach wie vor übernimmt die Politik nicht die führende Rolle in der Sache, die sie eigentlich ausfüllen müsste. *cs*

Bald Vergangenheit: ungelabeltes Fleisch? Foto: Pixabay

Produktive Vielfalt in der Landwirtschaft

Mischkulturen in Forschung und Praxis

Der Anbau von Pflanzen in Gemengen bietet eine Reihe von Vorteilen: effizientere Nährstoffnutzung, höhere Gesamterträge, verbesserte Ertragsstabilität oder auch eine effizientere Ernte von Leguminosen durch Reduktion der Lagerneigung. Allerdings erhöhen Mischkulturen auch die Komplexität des Agrarökosystems, das Bäuerinnen und Bauern managen müssen. Einerseits gibt es Unmengen an Kombinationen von Pflanzenarten und Sorten, von denen nur bestimmte Kombinationen Vorteile bringen und praktikabel sind. Andererseits muss beim Anbau Rücksicht auf die Bedürfnisse nicht nur einer, sondern mehrerer Kulturarten genommen werden. Hinzu kommen die ökologischen Interaktionen der Kulturpflanzen – sozusagen das „Zwischenpflanzliche". Mit dieser Komplexität zu arbeiten, erfordert viel Wissen und praktische Erfahrung. Beispielsweise brauchen sogenannte normalblättrige, hochwachsende Wintererbsen ein besonders kräftiges und konkurrenzstarkes Getreide wie Triticale als Stützpartner. Weniger hochwachsende, halbblattlose Sommererbsen lassen sich hingegen besser mit niedrigeren Getreiden wie Hafer oder Gerste kombinieren. Die Linse wiederum benötigt einen frühreifen und kurzstrohigen Hafer als Partner. In der Praxis, vor allem des Ökolandbaues, finden diese Gemenge bereits Anwendung. Zumindest teilweise gibt es das notwendige Wissen erfahrener Bauern und Bäuerinnen und passende Sorten. Für andere Mischungskombinationen müssen Sorten erst gezüchtet und Wissen für den Anbau erarbeitet werden. Um diese Herausforderungen anzugehen, wurde das EU-Forschungsprojekt ReMIX ins Leben gerufen. Ziel des Projekts ist es, Mischkulturen wissenschaftlich und in Zusammenarbeit mit BäuerInnen weiterzuentwickeln. Einzelne Aspekte des Projekts werden im Fachgebiet Ökologischer Pflanzenschutz der Universität Kassel unter der Leitung von Prof. Maria Finckh bearbeitet. Bisher wurden Kontakte zu Bäuerinnen und Bauern hergestellt und ein Workshop zum Thema Mischkulturen durchgeführt. Geplant sind außerdem Praxisversuche, wissenschaftliche Versuche am Versuchsstandort in Neu-Eichenberg und Interviewstudien. Zentrale Aspekte sind bei Mischkulturen Züchtung und Sortenwahl.

Gegenseitig Schutz und Stütze - Gemenge Foto: Stephan/BLE

Beispiel Erbse

Die Erbse ist eine Pflanze, die auf andere Pflanzen angewiesen ist. Nur so kann sie sich über den Boden erheben, um an die wertvolle Ressource Licht zu gelangen und ihre Samen über weite Strecken zu verteilen. Um an anderen Pflanzen emporzuklettern, nutzt die Erbsenpflanze ihre Ranken. Durch die Züchtung der vergangenen Jahrzehnte wurde die Erbse auf eine Eignung für Reinkultur optimiert, ein Problem von Erbsen in Reinkultur ist jedoch ihre Neigung zum Lagern. Deshalb wurden sogenannte halbblattlose Erbsen gezüchtet, bei denen die Fiederblätter durch zusätzliche Ranken ersetzt sind. So können sie sich über die zusätzlichen Ranken miteinander verhaken und gegenseitig stabilisieren, wodurch die Standfestigkeit erhöht wird. An Blattmasse verbleiben diesen Erbsen nur noch Nebenblätter. Sogar völlig blattlose Erbsen wurden gezüchtet, die überhaupt keine „normalen" Blätter mehr ausbilden, sondern ausschließlich Ranken. Damit verbunden ist ein Problem: Die Konkurrenzfähigkeit dieser Erbsen ist im Vergleich mit normalblättrigen Erbsen reduziert, eine stärkere Unkrautbekämpfung ist notwendig. Diese Optimierung auf Monokultur erzeugt also eine zusätzliche Abhängigkeit von externen Betriebsmitteln. Dies ist eine paradoxe Entwicklung, da sich die Erbse als rankende Pflanze eigentlich für den Mischanbau geradezu anbietet.

Mischkultur mit Weizen

In der Praxis bereits etablierte Mischkulturen sollten weiter optimiert werden. Zusätzlich sollte man aber auch neue Mischkulturen testen und entwickeln. Eine Herausforderung des ökologischen Weizenanbaus liegt in dem Erreichen eines ausreichenden Proteingehalts für die Verwendung als Backweizen. Aufgrund geringer Stickstoffgaben werden die geforderten 13 % Protein oft nicht erreicht. Die Mischkultur Weizen-Erbse, z. B. mit Saatstärken von 50 % der Reinsaatstärke bei der Erbse und 70 % bei Weizen, könnte eine Lösung sein. Durch die geringeren Saatstärken bleibt mehr Bodenstickstoff für die Weizenpflanzen, während andererseits die Erbsen durch die Konkurrenz mit dem Weizen dazu gezwungen sind, vermehrt Stickstoff aus der Luft zu fixieren. Dies kann wiederum die Effizienz der Stickstoffnutzung des Weizens erhöhen und damit dessen Backqualität verbessern. Möglicherweise gibt die Erbse auch einen Teil ihres aus der Luft gewonnenen Stickstoffes an den Weizen ab. Auf dem Versuchsbetrieb Neu-Eichenberg laufen zur Zeit Experimente, um die Eignung verschiedener Weizensorten, Weizenpopulationen (siehe frühere Ausgaben der Bauernstimme) und Erbsensorten für Mischkulturen zu untersuchen.

Mischkulturen sind ein vielversprechender Ansatz, um wieder mehr Vielfalt in landwirtschaftliche Betriebe zu bringen. Hierfür braucht es neben wissenschaftlichen Studien vor allem den Aufbau praktischer Erfahrung und praktischen Wissens durch experimentierfreudige Bäuerinnen und Bauern.

Johannes Timaeus,
Ökologischer Pflanzenschutz, Uni Kassel
www.remix-intercrops.eu

Gegen Nachbau-Gebühren

Außer Kontrolle

Nach Angaben der rumänischen Umweltorganisation Agent Green sowie dem rumänischen Verband von Donau-Soja wird in der Ukraine gentechnisch verändertes Soja in größerem Umfang angebaut. Die Hälfte von 60 Soja-Proben, die Agent Green dieses Jahr in verschiedenen Regionen genommen hatte, enthielten gentechnisch verändertes Material. Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ist in der Ukraine nicht erlaubt, aber auch nicht verboten oder kontrolliert. Es gäbe keinen offiziellen Anbau von genveränderten Pflanzen und keine offizielle Registrierung von Anbauflächen, berichtet die Umweltorganisation. Die Analyse der Proben durch das Umweltbundesamt in Österreich zeigten, dass es sich hierbei nicht um Verunreinigungen, sondern um gezielten Anbau handele, so die Organisation. Es sind ausschließlich Konstrukte der Firma Monsanto. Die Situation sei außer Kontrolle geraten und die zuständigen Behörden müssten schnellstmöglich einen rechtlichen Rahmen schaffen, fordert Agent Green. *sg*

Ein Blick über den Tellerrand

Menschen suchen nach Wegen, den eigenen Horizont und das Urteilsvermögen zu erweitern.

Rund 150 junge Landwirtinnen und Landwirte fanden Mitte November den Weg in die Jugendherberge nach Fulda. Das Tagungsteam hatte gemeinsam mit der Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) unter dem Motto „Horizonte erweitern“ ein abwechslungsreiches Programm für die Öko-Junglandwirte-Tagung zusammengestellt. Ziel der Veranstaltung war es, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Denkanstöße zur persönlichen Horizonterweiterung mit auf den Weg zu geben. Zahlreiche interessante Vorträge und Seminare standen auf der Agenda.

Die TeilnehmerInnen protestieren nach einem Vortrga zu Syrien gegen Hungerblockaden. Foto

Lebendige Berichte

Die Autorin Tanja Busse eröffnete die Tagung mit einem kritischen Blick auf das derzeitige Agrarsystem und ermutigte die Zuhörenden, sich nicht am vermeintlichen Wachstumszwang zu Lasten der Umwelt zu beteiligen. Sie schlug eine dezentrale, regional angepasste Bewirtschaftung vor, die Rücksicht auf die ökologischen Belastungsgrenzen nimmt und den ländlichen Raum zu einem lebenswerten Wohn- und Arbeitsort macht. Julia Bar-Tal referierte zur Ernährungssouveränität am Beispiel syrischer Kleingärtnerinitiativen. Mitten im Bürgerkrieg stellen sie unter Einsatz ihres Lebens in belagerten Städten die Ernährung ihres Stadtviertels mit einfachsten Mitteln sicher. Bar-Tals drastische Schilderungen bewegten viele der Zuhörenden so sehr, dass sie beim Gruppenfoto aus Solidarität ein Transparent mit einem englischen und arabischen Statement gegen Hungerblockaden hochhielten. Auch Bioland-Bauer Heinrich Thees berichtete in einem Vortrag von seiner Betriebsphilosophie und den unternehmerischen Risiken im Gemüsebau. Seine Vision ist es, in zehn Jahren keinen organischen Handelsdünger mehr zukaufen zu müssen. Daher legt der Gärtner viel Wert auf Kompostversuche, ausreichende Gründüngungsflächen und pfluglose Bodenbearbeitung. Hiervon zeigte sich die junge Demeter-Landwirtin Lisa Rehm vom Hofgut Rengoldshausen besonders beeindruckt. Die Risikobereitschaft und der Elan von Heinrich Thees inspirierten die 24-jährige dazu, über Vermarktungswege nachzudenken. Rehms Fazit nach der Tagung: „Wir müssen durch Direktvermarktung mit unserer Arbeit und unseren Produkten wieder näher an die Verbraucher herankommen.“

Praktische Einsichten

Ein weiterer Programmpunkt waren die parallel stattfindenden Exkursionen zu benachbarten Betrieben. Zur Auswahl standen z. B. der Schulbauernhof Rhönhausen, der Antoniushof oder die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Fulda. Ganz im Sinne des Konzepts der mobilen Schlachterei kamen Carsten Kürten und Julia Schmidt zur Exkursion direkt zum Tagungshaus. Kürten stellte dort seine Arbeit in einer mobilen Metzgerei im Bergischen Land vor. Mit einem selbst ausgebauten LKW kommen die Metzger zu ihren Kunden, bei denen sie dann vor Ort schlachten. Dadurch sei die Schlachtung für das Vieh so stressfrei wie möglich. Schmidt träumt von einer eigenen mobilen Schlachtstätte, für die sie eigens eine Crowdfunding-Kampagne ins Leben gerufen hat. Die 30-jährige Ökolandbaustudentin zeigte sich begeistert über die Möglichkeiten des Austauschs auf der Tagung: „Alle ziehen hier an einem Strang und es ist eine gute Gelegenheit, das Know-how wie bei einer Wertschöpfung zu bündeln“, meint Schmidt.

Mit dem neuen Format der Thementische gaben die Organisatoren auch einzelnen Teilnehmenden Raum, andere Anwesende mit eigenen Themen zur Diskussion einzuladen. Das Spektrum reichte hier von Geschlechterrollen in der Landwirtschaft über die Pestizidreduzierung bis hin zu den Auswirkungen rechter Tendenzen auf den Ökolandbau. Diese und andere politische Themen kamen bei den jungen Landwirtinnen und Landwirten gut an, so auch bei der Gemüsegärtnerin Henrike Polek, 30 Jahre alt. Besonders interessant war für sie die Zukunftswerkstatt, bei der die Anwesenden eigene Projekte vorstellen konnten: „Das bestärkt mich und macht Mut, ich werde bald eigene Erden und Jungpflanzen im beruflichen Alltag ausprobieren“, meint Polek.

In diesem Jahr ging der Zukunftspreis des Öko-Junglandwirte-Netzwerks an Anna und Jörg Obermaier vom Hasenberghof. Ihren innovativen Hühnerstall für 6.000 Bio-Hühner konstruierten sie überwiegend in Eigenleistung komplett aus Holz. Carolin Pagel aus dem Organisationsteam zog nach der Tagung ein durchweg positives Fazit: „Wir bieten jungen Landwirtinnen und Landwirten ein Forum des fachlichen und ideellen Austauschs.

Gabriel Werchez Peral

www.oeko-junglandwirte-tagung.de

Nicht auf besseres Wetter warten

Ein bis zwei Wochen sei die Vegetationsperiode länger als noch vor 20 Jahren, sagt Heiner Lütke-Schwienhorst. Auf seinem Bio-Hof in der brandenburgischen Lausitz hat er natürlich immer schon das Wetter beobachtet. Es gab bislang nie Tage, die über 35 Grad heiß wurden, jetzt schon. Dies Jahr die extreme Trockenheit, letztes Jahr der viele Regen, es verändere sich etwas, das ist für den Bauern offensichtlich. „Und die Bundesregierung wird die Klimaziele nicht schaffen. Da ist doch die Frage: Sind es die ganzen Annehmlichkeiten unseres Wohlstands wert, dass wir das Klima ruinieren?“ Bis zum Jahr 2020 40 % weniger Treibhausgase in die Luft zu schicken, hatte die Bundesregierung sich 2007 als Norm vorgegeben. Inzwischen ist klar, es werden höchstens 32 % weniger möglich sein. Deshalb ist Lütke-Schwienhorst jetzt dabei, wenn Greenpeace mit einer Bauernfamilie auf der Insel Pellworm und Obstbauern aus dem Alten Land die Regierung vor dem Verwaltungsgericht in Berlin verklagt. Ähnliche juristische Vorstöße, die Politik endlich zum Handeln in Sachen Klima zu bringen, gibt es inzwischen in verschiedenen Ländern. In den Niederlanden war eine Bürgerbewegung vor Gericht bereits erfolgreich, die Regierung muss dort weitere Maßnahmen ergreifen, um mehr Klimaschutz zu gewährleisten. Oft sind es Bauern und Bäuerinnen, die klagen, weil ihre Lebensgrundlagen elementar bedroht sind, ihre Grundrechte auf „Leben und Gesundheit“, „Berufsfreiheit“ und „Eigentumsgewährleistung“. Zudem vernachlässige das Kabinett Merkel seine Schutzpflichten gegenüber den Bürgern, so heißt es in der Greenpeace-Klage, der auch die AbL beigetreten ist. Noch ist nicht klar, ob sie beim Verwaltungsgericht angenommen wird, sie sorgt aber schon für eine weitere Sensibilisierung der Öffentlichkeit. *cs*

Dürre Argumente der Gentechniklobby

Die Mechanismen der Trockenheitstoleranz bei Pflanzen sind vielfältig und nicht einfach gentechnisch anzuschalten

Von LobbyistInnen der neuen Gentechnik wird in der Debatte um das EuGH-Urteil vom 25. Juli 2018 häufig suggeriert, wir bräuchten diese Technologien in der Pflanzenzüchtung, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Insbesondere wird immer wieder die Züchtung dürreresistenter Pflanzen angeführt. Dieses Argument ist keineswegs so neu wie die neuen gentechnischen Verfahren, es wurde bereits vor über 20 Jahren zur Akzeptanzbeschaffung für die „alte" Gentechnik ins Feld geführt.

Was ist dran an dem Dürre-Argument? Vorab: Statt von Dürreresistenz soll hier treffender von Trockenheitstoleranz die Rede sein. Und: Es gibt nicht die eine Eigenschaft „Trockenheitstoleranz", auf die hin gezüchtet oder die gar in Pflanzen eingebaut werden könnte. Vielmehr verfügen Pflanzen über zahlreiche Möglichkeiten, auf Wassermangel zu reagieren. Sie können z. B. tiefer wurzeln, mehr in die Breite wurzeln, mehr Feinwurzeln bilden, sie können eine stärkere Wachsschicht auf den Blättern oder eine stärkere Blattbehaarung bilden, um die Verdunstung zu verringern. Letzteres können sie aber auch erreichen, indem sie die Spaltöffnungen der Blätter früher schließen oder ihren Tag-Nacht-Rhythmus verändern, sie können z. B. auch das Welken tagsüber ertragen und nachts den Turgor (die pralle Füllung der Zellen) wieder aufbauen.

Vielschichtige Züchtung

Zu welchen dieser Reaktionen Pflanzen fähig oder besonders fähig sind, hängt innerhalb ihrer Arteigenschaften von der Genetik der Einzelpflanze oder der Sorte ab. Deshalb kann Züchtung auf Trockenheitstoleranz erfolgversprechend betrieben werden. Effektive züchterische Vorgehensweisen hierfür, wie z. B. die wechselnde Selektion unter Trockenstress und optimalen Feldbedingungen, sind seit langem bekannt. Doch wurden sie wenig genutzt, da Ertragsmaximierung, verarbeitungstechnische Qualitätsparameter, Krankheitsresistenzen und andere mit der Intensivlandwirtschaft assoziierte Merkmale bis heute im Vordergrund der industriellen Pflanzenzüchtung stehen. Jede der oben genannten Eigenschaften allein macht noch keine trockenheitstolerante Pflanze, sondern es sind immer unterschiedliche Kombinationen von Eigenschaften, die zur Trockenheitstoleranz von Pflanzen führen. Daraus ergibt sich zweierlei: Erstens ist die Züchtung auf Trockenheitstoleranz keine einfache, sondern eine höchst komplexe Angelegenheit, die einer Merkmalsbearbeitung nach dem Baukastenprinzip, wie sie der Gentechnik zugrunde liegt, kaum zugänglich ist. Zwar sagen einige MolekularbiologInnen, gerade mit der neuen Gentechnik ließen sich viele Merkmale gleichzeitig verändern und daher effektiver züchten. Doch alle die Eigenschaften, welche Trockenheitstoleranz bedingen, sind tief in der Konstitution der Pflanzen verankert. Eine züchterische Verbesserung von Trockenheitstoleranz ist deshalb fast immer mit weiteren, grundlegenden, pflanzenphysiologischen Veränderungen verbunden. Wollen wir trockenheitstolerante Pflanzen züchten, müssen wir bereit sein, uns auf andere Pflanzentypen einzustellen und entsprechend unsere Anbau- und Ernährungsgewohnheiten zu verändern. Zu meinen, der heute die Landwirtschaft dominierende Typ der Hochleistungssorte könne einfach zusätzlich mit Trockenheitstoleranz ausgestattet werden, ist ein Irrglaube.

Pflanzliche Flexibilität

Trockenheitstolerante Pflanzen müssen zu verschiedenartigen Reaktionen befähigt sein. So gab es vielerorts von Juli 2017 bis Januar 2018 eine sehr nasse Periode, die eine ausgezeichnete Winterfeuchtigkeit zur Folge hatte. Während der dann folgenden extremen Trockenheit konnten viele Pflanzen in die Tiefe wurzeln und sich so „über Wasser halten". In der kürzeren Hitze- und Trockenperiode im Frühjahr 2017 nützte den Pflanzen die Fähigkeit zur Tiefendurchwurzelung aber fast nichts, da in diesem Jahr kaum Winterfeuchtigkeit vorhanden war. Hier konnte allenfalls Verstärkung der oberflächennahen Durchwurzelung zur Ausnutzung der geringen Niederschläge helfen. Die Vereinigung solch verschiedener, mitunter gegensätzlicher Verhaltensweisen in einer Pflanze stößt naturgemäß an Grenzen. Deshalb ist eine breite Trockenheitstoleranz besser mit vielfältigen Sorten, sogenannten heterogenen Populationen oder entwicklungsfähigen Mischungen (siehe Bauernstimme Mai 2018, Interview Carl Vollenweider) zu verwirklichen, in denen je nach Witterungsverlauf und Art des Wassermangels verschiedene Typen zum Zuge kommen. Wir können dann von anpassungsfähigen Populationen sprechen. Das ist nun allerdings gerade nicht das, was die GentechnikerInnen im Sinn haben, wenn sie mit CRISPR/Cas9 hergestellte Dürreresistenz versprechen.

Gentechnisch "Nachbessern"

Beim Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP) heißt es inzwischen, Trockenheitstoleranz solle mit klassischer Kreuzungszüchtung erreicht werden. Nur einzelne Merkmale, wie fehlende Mehltauresistenz beim Weizen, sollten mit „Genome-Editing" nachgebessert werden. Das von Vielen heraufbeschworene Wundermittel zur Erzielung von Dürreresistenz ist die neue Gentechnik also selbst für den BDP nicht! Züchtung beruht seit jeher auf Variation und Selektion. Aber mit den immer technischeren Eingriffen hat sich die Vorstellung von Züchtung in den Köpfen mehr und mehr geändert: Es wird in einzelnen Eigenschaften gedacht, die an bestimmten Genorten lokalisiert sind und möglichst präzise eingebaut oder ausgeschaltet werden sollen. Diese Sichtweise erfährt mit der neuen Gentechnik eine Zuspitzung. Gerade hier liegt eine Gefahr der Gentechniken: wenn gar nicht mehr – im herkömmlichen Sinne – gezüchtet wird, sondern nur noch Eigenschaften auf DNA-Ebene verändert werden, wobei sich einer Kulturpflanze bedient wird, die in jahrtausendelanger Auslese und Züchtungsarbeit zu dem geworden ist, was sie noch immer wertvoll macht. An dieser Grundlage unserer Agrarkultur würde nicht weitergearbeitet, wenn nur noch Bausteine ausgetauscht oder neu kreiert würden. Eine Anpassung an veränderte oder sich ändernde Klima- und Umweltbedingungen kann so nicht gewährleistet werden. Zudem können wir nur unzureichend vorhersehen, wie die Klimaveränderungen in den verschiedenen Regionen der Erde ausfallen werden.

Dem Klimawandel begegnen

Daraus ergibt sich aber ein Weiteres: Den Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft kann nicht allein mit Züchtung begegnet werden. Vielmehr ist eine grundlegende Umstellung der Landwirtschaft und des Gartenbaus vonnöten: hin zu einer verbesserten Bodenpflege, die durch Humusaufbau die Wasserhalteeigenschaften des Bodens und die Wachstumsbedingungen für die Pflanzen verbessert – und zugleich eine CO2-Senke darstellt –, hin zu einer Diversifizierung der Produktionssysteme und Regionalisierung der Lebensmittelerzeugung. Das liegt aber alles nicht im Interesse der global agierenden Agrarindustrie. Zu deren Selbstverständnis gehört es, einfache Lösungen anzubieten: Die Züchtung soll's richten! Dieses Angebot anzunehmen, könnte vor dem Hintergrund von Weltuntergangsszenarien auf eine Weise sogar verlockend erscheinen: die Verantwortung für die Zukunft einfach abgeben! Allerdings an „Global Player", die letztlich keinerlei Verantwortung für die Folgen ihres Tuns und ihrer Produkte übernehmen. Wir sollten uns von der Drohkulisse der Weltprobleme nicht einschüchtern lassen, denn die Lösung liegt sicher nicht in der Fortführung und Verstärkung jener Strukturen, die zu den Problemen geführt haben.

Dr. Quirin Wember, Biologische Gemüsesaatgutvermehrung und Züchtung, Dreschflegel e. V.

Quirin Wember Foto: privat

Real betrachtet, lohnt es sich nicht

Mit der Überzeugung im Herzen und wenig Geld in der Tasche war ich in Studienzeiten der festen Ansicht, dass es auch unter diesen Umständen möglich ist, ökologisch und zu fairen Preisen einkaufen zu gehen. Keinen Fuß, so schwor ich mir, würde ich freiwillig in einen Lidl, Aldi oder Penny setzen. Ausnahmen waren und sind im absoluten Notfall möglich, dann aber nur geduckt in der Hoffnung, nicht gesehen oder gar erkannt zu werden. Und jetzt? Jetzt könnte ich einfach so in den Lidl spazieren und mir eine Bioland-Milch kaufen oder bei Real einen Demeter-Apfel. Super Sache und ganz ohne Scham und Bauchweh. Einmal hin und alles drin, scheint sich ja richtig zu lohnen. Insbesondere aus Sicht der Bio-Verbände. Endlich hat sich ein Ausweg aus dem Absatzproblem gefunden. Es muss keine Überzeugungsarbeit mehr geleistet werden, die den höheren Preis für Verbands-Bio-Produkte erklärt. Jetzt können die Superdiscounter mit Verbands-Bio-Milch geflutet, mit Verbands-Bio-Äpfeln überrollt und zur Krönung mit etwas Verbands-Bio-Kresse garniert werden. Und der Preis dafür ist unschlagbar. Fragt sich nur, wer die entstehende Differenz bezahlt? Eigentlich hat kein wirtschaftlich denkendes Unternehmen etwas zu verschenken. Dennoch behaupten die Discounter, dies zu tun und den Landwirtinnen und Landwirten damit einen fairen Absatz zu garantieren. Ist ja alles vertraglich festgehalten und an entsprechenden Stellen kann sich beschwert werden. Doch wer glaubt diese Märchen? Richtig: die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der Bio-Verbände! Die Bio-Verbände setzen sich bei den Discountern ins Boot, fühlen sich als Sieger und merken nicht, dass sie die ersten sein werden, die über Bord gehen, wenn das Boot zu sinken droht und eine lukrativere Option entsteht, sich eine nachhaltig grüne Nase zu schminken. Die Bio-Verbände dienen lediglich als Mittel zum Zweck.

Die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der Bio-Verbände befinden sich, was die Produktmenge angeht, in einer Zwickmühle. Je mehr Betriebe einem Verband angehören, desto mehr Beitragsgelder fließen in die Kassen. Für die Produkte dieser Betriebe müssen neue Märkte erschlossen werden, unter anderem eine Aufgabe der Bio-Verbände. Gelingt dies nicht im Vorfeld und in adäquatem Umfang, scheint es daher verlockend, Verträge mit den großen Playern zu unterzeichnen. Weiterhin ergibt sich für die gesamte Bevölkerung die Möglichkeit, endlich Bio-Produkte in angemessener Qualität und zu Dumpingpreisen zu erstehen. Am Ende liegen qualitativ hochwertige Lebensmittel neben genormter Massenware. Haben krummes Gemüse, alte Sorten sowie alte Nutztierrassen noch einen Platz in dieser genormten Welt? Können diese in ein System passen, das den Versuch nachhaltig zu sein, bei Licht betrachtet, schon an sich ad absurdum führt? Auf der Homepage von Lidl kann man lesen, was die neue, bundesweite Kooperation für Vorteile mit sich bringt. Beim Bioland-Verband ist von dieser Freudennachricht weder auf der Homepage noch auf der Facebook-Seite offiziell etwas zu lesen. Stattdessen liest man die „sieben Prinzipien für die Landwirtschaft der Zukunft“ und fragt sich insbesondere auf der vorletzten Seite, ob man sich nicht in einem Film befindet, in dem das Regiebuch unbeachtet in der Garderobe liegen gelassen wurde. Beispielsweise ist dort zu lesen: „Zunehmender Preisdruck und billige Lebensmittel führen zu einer industriellen Landwirtschaft“. Dies möchte ich gerne kommentarlos so stehen lassen. Die Konsequenz wird für mich allerdings wie folgt aussehen: Weiterhin werde ich freiwillig nicht einen Fuß in einen der oben genannten Discounter setzen. Stattdessen werde ich im Bioladen, Hofladen und auf dem Wochenmarkt einkaufen und mir einen Ernteanteil an der Solidarischen Landwirtschaft im Nachbarort sichern. Wir haben es bekanntlich auch immer selbst in der Hand, wie sich die Landwirtschaft und die Vermarktungssysteme zukünftig entwickeln werden. Die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der Bio-Verbände haben für mich dagegen an Glaubwürdigkeit verloren und stattdessen mit dem sich gebotenen finanziellen Anreiz ihren wahren Charakter gezeigt.

Marie-Rosa Wolber,
Mitarbeiterin im Projekt GoOrganic
zur nachhaltigen Ziegenzucht

Auf einem ammerländischen Hof liegen Steinhoffs Wurzeln Foto: Imsande/pixelio

Steinhoff verliert

AbL gewinnt Klage gegen Unterlassungserklärung

Man müsse die Formulierung „die zum deutsch-niederländisch-südafrikanischen Möbelkonzern Steinhoff zählende Steinhoff Familienholding GmbH“ nicht zwingend als Behauptung einer gesellschafts- oder konzernrechtlichen Verbindung sehen, formulierte der Vorsitzende Richter am Landgericht Berlin gleich in seinen einleitenden Worten die entscheidende Einschätzung des Gerichts. Vielmehr sei es doch eine Formulierung, die die Frage des genauen Bezugs von Möbelkonzern zu Familienholding eher offen lasse. Entsprechend fiel am Ende das Urteil zu Gunsten der AbL aus. Ursprünglicher Anlass war eine Presseerklärung der AbL gewesen, in der sie wirtschaftlichen Turbulenzen des internationalen Möbelkonzerns Steinhoffs zum Anlass nahm, um auf die mutmaßlich 20.000 Hektar landwirtschaftlichen Flächen der Familie Steinhoff in Ostdeutschland und deren denkbaren Ausverkauf an dann wahrscheinlich nicht bäuerliche Betriebe hinzuweisen. Erinnert wurde an das Beispiel der KTG Agrar AG, die in ihrem wirtschaftlichen Niedergang ihre Ländereien an einen Versicherungs- sowie einen Baukonzern verscherbelte. Hier habe, so die AbL in ihrer damaligen Presseerklärung, die Politik eine Verantwortung, regulierend einzugreifen. Daraufhin hatten die Steinhoff Familienholding sowie drei Steinhoff-Familienmitglieder eine umfassende Unterlassungserklärung mit Schadensersatz von der AbL gefordert, wonach in Zukunft keinerlei Zusammenhang zwischen dem Möbelkonzern mit den Wurzeln im Ammerland und den Landwirtschaftsflächen der Familienholding hergestellt werden dürfe. Dagegen wehrte sich die AbL mit einer eigenen Klage. Schon im Sommer waren die Steinhoffs in einem Schreiben an das Gericht auf den rein „gesellschaftsrechtlichen“ Zusammenhang, also einen rein wirtschaftlich-juristischen, zurückgerudert. Nun kam es zu der Verhandlung dieser Klage eben vor dem Landgericht in Berlin.

Land für Bauern

Der internationale Steinhoff-Möbelkonzern – der immer noch einen Sitz im niedersächsischen Westerstede hat – wurde von Bruno Steinhoff, einem Ammerländer Bauernsohn, aufgebaut, eine seiner Töchter sitzt nach wie vor im Aufsichtsrat des Konzerns. Laut eines aktuellen Berichts der „Financial Mail“ sollen der langjährige Firmenchef Markus Jooste und ausdrücklich auch die Familie Steinhoff das Unternehmen benutzt haben, „um sich auf Kosten der Aktionäre zu bereichern“. Die Panama Papers offenbarten wohl dubiose Firmen-Transaktionen, Bilanzen sollen nach bisherigem Stand um bisher festgestellte 13 Mrd. Euro an Vermögenswerten unrechtmäßig erhöht worden sein, die Oldenburger Staatsanwaltschaft ermittelt. Die Familie Steinhoff habe kein Interesse daran, die Sache weiter hochkochen zu lassen, erklärte ihr Anwalt in Berlin. Ihr Anliegen sei, gesellschaftsrechtlich nicht mehr mit dem Möbelkonzern in Verbindung gebracht zu werden. Man akzeptiere die Klage der AbL in Bezug auf die Familienholding, aber zunächst nicht gegen die Familienmitglieder, obwohl auch sie die AbL zur Unterlassungserklärung mit aufgefordert hatten. Das Landgericht entschied auch diesbezüglich vollumfänglich für die AbL. AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen machte einmal mehr deutlich, dass die AbL kein Interesse daran habe, die Familie Steinhoff zu diskreditieren. Für die AbL als bäuerliche Interessensvertretung ist die Bodenmarktfrage eine der entscheidenden gerade in Ostdeutschland. „Wir brauchen eine Bodenmarktreform in Deutschland, die es gerade jungen Menschen, bäuerlichen Existenzgründern und auch Bauern mit kleinen und mittleren Höfen finanziell möglich macht, an Land zu kommen, um eine gute, vielfältige Bewirtschaftung anzupacken“, hieß es in der ursprünglichen Presseerklärung. Die Politik verschleppe schon seit Jahren notwendige Reformen des Grundstücksverkehrsgesetzes und angekündigte Agrarstrukturgesetze, die sicherstellen sollten, dass landwirtschaftliche Flächen in einer vielfältigen Agrarstruktur vornehmlich Bauern und Bäuerinnen gehören, die sie beackern und nicht Versicherungskonzernen, Bauunternehmern oder Möbelherstellern. Und das auch deshalb, weil nur letztere – nicht Bauern und Bäuerinnen – Land zum Spekulationsobjekt werden lassen können, wenn beispielsweise ihr Hauptgeschäft nicht mehr so gut läuft. *cs*

Alles unter einem Hut

Manchmal eröffnen sich neue Horizonte, wenn man in einer Bahnhofsbuchhandlung steht und in Zeitschriften blättert. Eine Überschrift in der Musikzeitschrift „Rolling Stone“ ließ mich staunen: „Bio-Bauer und Barde“. Darunter ein Porträtfoto des Sängers Gregory Alan Isakov. Ein junger Songwriter aus Amerika, kurz vor seiner ersten Europa-Tournee. Bauer und Songwriter. In einer Person! Wie kriegt man das unter einen Hut?

Das wollte ich herausfinden und beschloss, Gregory Alan Isakov für die Bauernstimme zu interviewen. Ich machte seine Tourneemanagerin ausfindig, und die stellte den Kontakt für ein Telefoninterview her. Ich weiß es noch wie heute: Es ist Anfang Oktober, zehn Uhr abends bei mir in Westfalen, zwölf Uhr mittags in Colorado, USA. Gregory nimmt auf seiner kleinen Selbstversorgerfarm den Hörer ab. Als ich ihm erkläre, dass ich Bauer bin und für ein alternatives „Farmers‘ Journal“ schreibe, bricht sofort das Eis. „Das ist das erste Interview, das ich einem Farmer gebe“, sagt er. Gregory und seine Freunde sind in der Gemüseernte, doch die Koffer für die Europa-Tournee sind schon gepackt.

Ich stelle Fragen, deren Antworten ein paar Wochen später in der Bauernstimme stehen werden. Da antwortet jemand, der die Arbeit mit Pflanzen mindestens genauso liebt wie das Singen auf der Bühne. Ein Songwriter, dem die Ideen kommen, wenn er gärtnert. Wenn ich mal auf einem seiner Konzerte bin, soll ich mich melden, sagt er zum Schluss unseres Telefonates. Das kriege ich vorerst nicht hin, aber ich packe ein Exemplar der Bauernstimme in einen Umschlag und schicke es ihm nach Amerika.

Zwei Jahre später, ein kalter Märztag in Hamburg. Gregory ist wieder auf Tournee. Ich bin fast dreihundert Kilometer gefahren, um den Songwriter endlich mal persönlich zu erleben und vielleicht sogar kennenzulernen. Er tritt in einem gruftigen Club in einem alten Hamburger Bunker auf, vor dreihundert Leuten. Handgemachte Musik mit viel Poesie, Gitarre, Kontrabass und Banjo.

Nach seinem Auftritt spreche ich ihn an: „Ich bin der Bauer, der dich am Telefon interviewt hat“, sage ich zu Gregory. Der Groschen fällt sofort: die Bauernstimme. Er, der kein Wort Deutsch spricht, hat die Bauernstimme von vorne bis hinten durchgeblättert, ist ganz begeistert: „Tolle Zeitung. So ein Blatt gibt es in Amerika nicht.“ Besonders das Thema „Save our seeds“ ist ihm aufgefallen: „Ich ziehe eigenes Saatgut von meinem Gemüse.“ Er sei eigentlich sehr bodenständig, brauche die Arbeit auf der Farm, sei überhaupt kein Freund von Großstädten und Nachtleben: „Wenn ich auf Tournee bin, muss ich die Nacht zum Tag machen, aber eigentlich liegt mir das gar nicht.“

Bevor wir auseinandergehen, schreibt er mir eine Widmung auf das Cover einer CD: „Grow well, be well.“ Ich habe oft über diese Worte nachgedacht. „To grow“ bedeutet sowohl „wachsen“ als auch „anbauen“. Und noch dazu bedeutet es „sich weiterentwickeln“. „Grow well“, was für eine schöne Aufforderung! Mir kommen dazu viele Gedanken: Baue gut an, wachse dabei persönlich. Denk an dein eigenes Wohlbefinden („Be well“), aber auch an das der Tiere, der Pflanzen und des Bodens!

Grow well, be well: Worte eines Songwriters, der sehr poetische Lieder schreibt und die Ideen dazu beim Umgang mit Pflanzen und Tieren bekommt. Im Oktober hat Gregory Alan Isakov seine Farm in Colorado wieder verlassen, um auf Tournee zu gehen. Auf dem Cover seines neuen Albums „Evening Machines“ steht er mit beiden Beinen auf einem Acker und schaut verträumt in die Ferne. Kein Zweifel, er kriegt es unter einen Hut.

Völkerverständigung unter Ökobauern

JunglandwirtInnen unterwegs zum Austasuch mit ihren KollegInnen in der Ukraine

Über Grenzen hinweg voneinander lernen: Zehn junge Ökolandwirtinnen aus Deutschland verbrachten im Oktober eine Woche in der Westukraine. Dort trafen sie auf zehn ukrainische Kolleg*innen, die mit ähnlichen Zielen, aber unter sehr anderen Voraussetzungen arbeiten. „Bei uns laufen die Landwirte mit gesenkten Köpfen rum – es ist schön, so coole und fröhliche Kollegen kennenzulernen“, sagt Mykola Juskowets zur Begrüßung. Der 28-Jährige leitet in der Westukraine einen Ökobetrieb mit 250 Milchkühen, 950 Hektar Ackerbau und Milchverarbeitung, „alles nach neuen Technologien, die wir in den USA gesehen und an die hiesigen Bedingungen angepasst haben“. Die Investitionen und die Umstellung auf Bio vor acht Jahren machte ein reicher Mann aus der Region möglich – er gab dem Betrieb einen Kredit zu günstigen Bedingungen. Staatliche Unterstützung kennen die Landwirte in der Ukraine nicht. „Zugegeben, der Betrieb wirkt nicht wie ein Biobetrieb, wie wir ihn aus Deutschland gewohnt sind – es fehlten zum Beispiel typische Indikatoren wie große Schilder, die unverkennbar nach Bio schreien“, fällt Irma Junghans, Fachschülerin Ökolandbau aus Kleve, sofort auf, „doch die Rinder sehen sehr gesund und zufrieden aus, und die Ställe sind sauber, ordentlich, sehr gut strukturiert bei gutem Klima.“ Während das Getreide größtenteils für den Export bestimmt ist, werden Käse, Joghurt, Butter und Kefir in der Region über eine Supermarktkette vermarktet. So kommen auch die Einheimischen in den Genuss der nach „Bio Suisse“ und „Naturland“ zertifizierten Produkte. „Das gibt dem Menschen in der Ukraine Hoffnung, wenn er auf seinem Tisch solch ein Qualitätsprodukt hat“, sagt Nina Radtschenko, eine der ukrainischen TeilnehmerInnen, ganz gerührt.

Völkerverständigung

Die Reise fand im Rahmen des Förderprogramms „MEET UP! Deutsch-ukrainische Jugendbegegnungen“ der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ statt. Dessen Ziel ist es, die Beziehungen zur Ukraine zu intensivieren und das Engagement junger Menschen aus Deutschland und aus der Ukraine für demokratische Grundwerte und Völkerverständigung zu stärken. Und wie ließe sich das Verständnis füreinander besser fördern als mit einem Austausch unter Gleichgesinnten? Eine Woche verbrachten die jungen Bäuerinnen und Bauern – viele in der Aufbauphase eines eigenen Betriebs – zusammen. Auf dem Programm standen Betriebsbesichtigungen, Verköstigungen, Diskussionsrunden, der Besuch eines Öko-Marktes in Lwiw und auch ein Museumsbesuch zu NS-Zwangsarbeit in der Landwirtschaft. Um Begeisterung und Informationen der ganzen Welt mitzuteilen, gestalteten die Teilnehmer*innen gemeinsam einen mehrsprachigen Web-Blog. „Das Bloggen wird mir in Zukunft dabei helfen, meinen Betrieb einem größeren Publikum vorzustellen“, freut sich Nina Radtschenko. In einem Blogpost schreibt die Gärtnerin darüber, dass jeder der Teilnehmenden sie auf seine Weise inspiriert habe: „Wusstet ihr, dass Anna Mähdrescher fahren kann? Von dieser lieben und zarten jungen Frau kann man echt was lernen. Und bei uns heißt es, Frauen und Technik passen nicht zusammen …“ Zudem habe sie gelernt, was Crowdfunding ist: „Erfolgreiche Beispiele kannte ich nicht. Jetzt schon, denn Anja und Janusz vom Hof Stolze Kuh berichteten, dass sie so das Geld für ihre Käserei zusammenbekommen haben. Das werde ich nicht vergessen und habe verstanden: Wenn man einen Traum hat, findet sich auch eine Möglichkeit, ihn wahr werden zu lassen.“

Mykola Juskowets zeigt seinen Milchviehbetrieb. Foto: Bertschi

Bio-Binnenmarkt nicht ausgereift

„Der Bio-Binnenmarkt ist bei uns noch nicht ausgereift – vielleicht wie vor 50 Jahren in Deutschland“, erklärt Reiseleiterin Natalja Tscholowska von der NGO Ecoterra aus Lwiw. Ökobetriebe müssen deshalb mit konventionellen zu gleichen Preisen konkurrieren. Dies bestätigen die ukrainischen JungbäuerInnen, und ergänzen, dass Ökolandbau auch oft belächelt werde. Die Kolleg*innen würden dann sagen: „Mach mal, und wenn du in ein paar Jahren verstanden hast, dass es nicht funktioniert, zeig ich dir, wie man es richtig angeht.“ Und wenn es doch funktioniere, zweifelten die Leute trotzdem, erzählt Roman Ljudkewitsch. Er arbeitet auf einem Demeter-Betrieb und hält zuhause Schweine. Dass sie nur Biofutter erhalten, glauben ihm nicht alle, schließlich seien sie so gesund und wachsen schnell.

Gerade die Dörfer sind noch von Selbstversorgung geprägt. Das beeinflusst auch den Absatzmarkt. So wird der Milchpreis auf dem Markt von den Omas diktiert. Sie verkaufen die Milch von ihrer Kuh am Straßenrand. Gibt die Kuh viel Milch, ist der Preis niedrig; gibt sie wenig, ist er hoch. Und auch Gemüsebäuer*innen klagen, dass es schwierig sei, Gemüse zu verkaufen. „Und irgendwie finde ich das auch gut“, erklärt Johanna Bohne, die selbst Bio-Gemüsebäuerin ist. „Es ist beruhigend zu sehen, dass sich die Menschen das Wissen, für die eigene Ernährung zu sorgen, hier noch erhalten können.“

Treffen in Deutschland

Auch wenn sich die ukrainischen Teilnehmenden besonders auf das Wiedertreffen im nächsten März in Deutschland freuen, konnten in der Ukraine beide Seiten viel lernen: „Die deutschen Kolleg*innen waren sehr interessiert und stellten viele Fragen, um unsere Kultur, unsere Landwirtschaft und die Gesamtsituation im Land besser zu verstehen. Der Blick von außen auf das eigene Land hat mir erlaubt, einiges zu überdenken“, so Nina Radtschenko.

„Etwas, das wir hier als Bäuerinnen oft weniger genießen dürfen, was dort scheinbar mehr ausgelebt wird, ist wohl die Freiheit“, sinniert Irma Junghans. „Weniger Kontrolle, weniger Bürokratie, mehr Zeit für das Wesentliche? Gerne würde ich noch mehr hinter die Fassaden blicken und für einen längeren Zeitraum dort sein.“

Cristine Bertschi,
freie Journalistin

www.goodbetterorganic.wordpress.com

Das Projekt „Good.Better.Organic.“ wird auf deutscher Seite von Land Kultur Erleben e. V., APOLLO e. V. und dem Bündnis Junge Landwirtschaft e. V. organisiert. Das Projekt wird gefördert im Programm „MEET UP! Deutsch-Ukrainische Jugendbegegnungen“ der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ).

Wir Bauern sind anders

Wer will heute schon Bauer sein. „Du bist ein landwirtschaftlicher Unternehmer“, sagen unisono Agrarlehrer, Kammerbeamte oder Steuerberater. Dabei ist Bauer doch ein ungeheuer interessanter und vielseitiger Beruf. Ich habe immer gute Bauern um ihr vielfältiges und breites Wissen beneidet. Wer kann schon respektvoll praktisch mit Tieren umgehen, wer braucht tiefe Kenntnisse über Pflanzen, Sorten, Rassen, über Züchtung, Genetik, Biologie, über Bodenverhältnisse, Wetterberichte und Klimaveränderung. Wer muss sich im normalen Leben auskennen mit Maschinen und Technik im Stall und auf dem Acker (und nicht nur kaufen, sondern auch bedienen und reparieren), mit Bauen (denn ein Bauer heißt Bauer, weil er ständig baut), mit sich ununterbrochen wandelnder analogen und jetzt auch noch digitalen Neuerungen, mit Betriebswirtschaft, mit örtlichen und internationalem Handel, Finanzen und Steuerfragen, mit Förderanträgen, mit Erbrecht und mit ganz, ganz viel Bürokratie.

Bauern haben meinen hohen Respekt. Aber eins ist nicht ihre Stärke. Wer sich die Schreibtische vieler Bauern ansieht, wer mit Bauern kurz vor dem 15. Mai sprechen will, wer einen Bauernstimmenartikel anfragt, der weiß: Schreiben ist nicht ihr Ding. Und ohne die Bäuerinnen ging gar nichts. Wie oft habe ich schon gehört: Frau, wo liegt der Bescheid oder der Lieferschein usw.? Wir haben bei Neuland mal beschlossen, dass die Bauern ihre Rechnungen selber schreiben, und sind daran gescheitert.

Und ein Buch schreiben oder kurze Geschichten oder Gedichte? Und sich öffnen für Gefühle, Gedanken, Sehnsüchte – als norddeutscher Bauer. Unmöglich! Wat mut, dat mut. Aber was nicht geht, geht nicht.

Und dann kommt Matthias Stührwoldt. Er behauptet: Wir Bauern sind anders. Und beschreibt sich und andere Bauern im Norden. Nachdenklich, grob, verträumt, pragmatisch, sensibel, schlurig-unordentlich, männlich, aber als Frauen- und Kinderversteher, hellwach. Sprachfaul – auf 156 Seiten. Ich finde es unglaublich fröhlich, optimistisch, solidarisierend. Auch wenn auch ihn in den letzten Jahren das Schicksal nicht verschont hat, ist er kein Bauer, der gern klagt. Er erzählt verschmitzt und ironisch, wie schön das Leben auf dem Hof ist. Wenn er den Melkstand als eigene Welt erlebt. Wenn er das Kühe holen am frühen Morgen als Geschenk wertet, dabei über die Gedanken der Kühe meditiert, wenn sie plötzlich anfangen herumzuspringen, zu toben und zu tanzen. Sekundenglück, würde Grönemeyer sagen.

Er macht sich Rundballengedanken, redet sich Mut zu über analoge Trecker, sinniert über Klima und zu viel Wasser im letzten Herbst. Ich freue mich schon darauf, was er sich über die Dürre in diesem Jahr überlegt hat.

Die kurzen Geschichten sind wie das Leben – vielfältig, aber immer auch überraschend. Seine Sicht der Mode des klein karierten Flanellhemdes, der Hofkatzen in der Kleintierpraxis, über gutes und slowes Essen, über spätes Melken im Unterschied zum frühen Melken, über Kälberglück, über Tod und Leben in seinem Dorf Stolpe.

Alles erscheint normal und doch irgendwie anders. Die Ruhe und der Alltagstrott und gleichzeitig das Besondere und Aufregende. Es erinnert mich an die Philosophie der Dialektik. Das habe ich schon immer an Hegel (und natürlich Marx) geliebt, die Einheit im Widerspruch, das Zufällige im Notwendigen. Das Veränderbare im Vorgegebenen. Wir machen unsere Geschichte selbst – im Rahmen der gesellschaftlichen Bedingungen.

Matthias Stührwoldt liebt den Hof und das Dorf. Und freut sich wie ein König, wenn er rauskommt, dem Alltag entfliehen kann, was Anderes sieht als die Euter seiner Kühe. Er hat sicher den Trecker schon geölt für die nächste Demo „Wir haben es satt“ in Berlin. Und wenn er dann nach Hause kommt und ihn jemand fragt: Na, und was hat das jetzt gebracht? wird er in aller Ruhe erklären, dass er und seine Kühe eine andere Landwirtschaftspolitik wollen. Und seine Kühe können ja nicht nach Berlin, also muss er es machen. Und würde damit eine neue Synthese setzen. (Aber das sind jetzt meine Worte.)

Wir Bauern sind anders und Matthias ist besonders anders. So der Titel des wunderbaren Buches. Und es endet: „Ich bin stolz und froh, Bauernkind und ja Bauer zu sein und auch, wenn es vielleicht möglich gewesen wäre: Ich hätte nie, niemals, nie ein anderer sein wollen...“

Hugo Gödde

Übrigens: Seine Geschichten über Weihnachten sind herrlich. Man kann sie auch an langen Abenden vorlesen.

Wir Bauern sind anders, Matthias Stührwoldt, ISBN 978-3-930413-64-5, 10,-€, 156 Seiten, erschienen und zu bestellen im ABL Verlag

Bestellcoupon

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe ❑ 2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 24,00 Euro ❑ 2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 € ❑ € ❑ 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Das wahre Landleben!

Bücher:
… 10,00 € - Wir Bauern sind anders
.... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
.... 11,00 € - Bauernparty
.... 11,00 € - Nützt ja nix
.... 11,00 € - Schubkarrenrennen
.... 11,90 € - Der Wollmützenmann
.... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
.... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:
.... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
.... 10,00 € - König Silo
.... 10,00 € - Was für‘n schöner Scheiß
.... 10,00 € - Ein Bauer erzählt
.... 9,50 € - live im Lutterbecker

Bodenpolitik in Ostdeutschland
.... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
.... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre
.... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster
... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
.... je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:
.... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
.... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Bitte Adresse einsetzen::

_____

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €
Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt
Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.
Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221
Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen & Veranstaltungen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?
Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 20,00 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,
Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Januar ist der 12. Dezember 2018.**
Chiffrezuschriften: AbL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Gruppe Norddeutsche Gesellschaft für Diakonie

Hof Kubitzberg

Hof Kubitzberg in Altenholz, Werkstatt für Menschen mit psychischer Behinderung und Bioland-Landwirtschaft,

sucht zum 01.03.2019

einen Bioland-Landwirt / eine Bioland-Landwirtin

als Gruppenleiter/in für den Bereich Gemüseanbau

Weitere Informationen unter: www.hof-kubitzberg.de

internationaler deutschsprachiger
Nyéléni Kongress
für Ernährungssouveränität
vom 6. bis 9. Dezember 2018
in Freiburg im Breisgau

Mehr Informationen und Anmeldung:
www.nyeleni.de oder per Email an info@nyeleni.de

Tag der Landwirtschaft Thüringen

27. 01. 2019 - Holzdorf/Weimar

Bäuerliche Kulturlandschaften früher-heute-morgen

Aus dem Programm:
- Zur Landwirtschaftspolitik vom Bundesvorstand der AbL e.V., *Georg Janßen (Bundesgeschäftsführer AbL)*
- Lenken und Erhalten des Artenreichtums im Grünland, *Johannes Burri (UVA Samen, Schweiz)*
- Waldweide im Konflikt zwischen Landschaftsnutzungswandel und Naturschutz, *Edgar Reisinger*
- Welche (ungenutzten) Spielräume bietet der ELER für die Agrarumweltförderung von Landwirten in Thüringen *Simon Keelan (Deutsche Vernetzungsstelle ländliche Räume)*
- Die gemeinsamen Vorschläge von AbL, NABU und BUND zur Erhaltung und Förderung der bäuerlichen Kulturlandschaft in Thüringen, *Michael Grolm (Vorsitzender AbL Mitteld.)*
- Fish-Bowl-Diskussion:
  Bäuerliche Kulturlandschaften in Thüringen erhalten!
- Mitgliederversammlung der AbL Mitteldeutschland mit Jahresrückblick und -ausblick

Ort: Landgut Holzdorf, Otto-Krebs-Weg 5, 99428 Holzdorf/Weimar
Teilnahmegebühr: 10 -15,- € nach Selbsteinschätzung für Vorträge und Verpflegung (fast alle Zutaten aus regionalen Köstlichkeiten von AbL-Höfen). Dies ist eine öffentliche Veranstaltung – alle Gäste und Interessierten sind herzlich willkommen!
Anmeldung: zwecks Essensplanung bitte bis zum 05.01.2019 an: mitteldeutschland@abl-ev.de oder 036254/78024.

Pestizide runter - Vielfalt rauf!

27.11.2018, 19 Uhr, Nörten
Aktion Agrar und AbL Niedersachsen laden ein zu einer Diskussion über die Reduktion des Pestizideinsatzes. Sprechen werden Dr. Ramanjanyeyulu aus Indien und Matthias Erle, konventioneller Bauer aus dem Göttinger Umland.

Ort: Hotel Restaurant Sachsenross, Obere Dorfstrasse 32, 37176 Nörten-Hardenberg, Weitere Infos: Aktion Agrar, www.aktion-agrar.de, info@aktion-agrar.de, 0175 – 86 66 76 9

Die neue GAP

03.12.2018, 9.30 Uhr, Berlin
Optimale Ressourcenverteilung in den Regionen - ein Erfahrungsaustausch.

Infos: claudia.schmidt@euractiv.de, Tel.: 030 / 2088 9003, Ort: Europäisches Haus Berlin, Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Gegen Flächenversiegelung!

08.12.2018, Neu-Eichenberg
Kein Logistikzentrum in Neu-Eichenberg, Rote Linie gegen die Flächenversiegelung von 80 ha Ackerland. Aktion an den Flächen des geplanten Sondergebiet Logistik.

Infos: https://neb-bleibt-ok.de/termine/ Treffpunkt: Bahnhof Neu-Eichenberg, 14.30 Uhr

Veranstaltungsreihe: Rechts(d)ruck im ländlichen Raum

09.12. 2018, 10-17 Uhr
Workshop: Was ist eigentlich dieser Kapitalismus? Verbindliche Anmeldung erforderlich!

11.12. 2018, 18.30 Uhr
Die Anastasia-Bewegung.

22.12.2018, 10-17.30 Uhr
Workshop: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen.

15.01.2019, 18.30 Uhr
Die Wohlgesinnten: Anthroposophie, Waldorfpädagogik und biologisch-dynamische Landwirtschaft im Dialog mit der radikalen Rechten.

Ort: Witzenhausen
Alle Informationen: http://gegen-rechtsdruck-veranstaltungsreihe.de/

Hofübergabe

10.12.2018, 20Uhr, Schernberg
Referent: Herr Hofmann, LBD Bad Windsheim

Kinofilm „Unser Saatgut“

10.12.2018, 19.30 Uhr, Hennef
Kinofilm „Unser Saatgut – Wir ernten, was wir säen“ mit anschließender Diskussion u.a. mit der AbL NRW.

Ort: Kur-Theater Hennef, Königstrasse 19A, 53773 Hennef

Plastikflut

08.01.2019 ,19.30 Uhr, Heilbronn
Einpacken – Auspacken –Wegwerfen – oder warum wir etwas gegen die weltweite Plastikflut tun sollten“, Referentin: Isabella Hirsch.

Ort: FFW Haus, Heilbronn

Aufbauende Landwirtschaft

25.-27.01.2019, Kreßburg
Boden wieder gut machen - Methoden einer regenerativen Agrarkultur. Im Fokus stehen Erfahrungsberichte von Landwirten, Gärtnerinnen und Beratern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Themen werden sein: Mischkulturen, Untersaaten und Zwischenfrüchte; Agroforstwirtschaft; pfluglose und Minimal-Bodenbearbeitung und Direktsaat; Kompostierung und Mulch; Immunsystem der Pflanzen, vitalisierende Blattspritzungen, Rotte-Steuerung und Effektive Mikroorganismen; Solidarische Landwirtschaft, Direkt-Vermarktung.

Infos und Anmeldung: http://aufbauende-landwirtschaft.de/
Ort: Gemeinschaft Schloss Tempelhof, Tempelhof 3, 74594 Kreßberg

Demeter Bodenpraktikerkurs

1. Modul: 21.01.2018
Veranstaltungsort: Lindenhof Hemmersheim, 97258 Hemmersheim
Infos und Anmeldung: www.bodenpraktikerkurs.de

Demo: WIR HABEN ES SATT!

19.01.2019, Berlin
Der Agrarindustrie den Geldhahn abdrehen!
Für eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung, für Klimagerechtigkeit und gutes Essen!

Jahreshauptversammlung Regionalgruppe Franken

13.01.2019, 13.00 Uhr, Cadolzburg/Wachendorf

Biodiversitätsprogramm Natur Vielfalt Bayern“

Dr .Klaus Fleißner LfL
- Praktikerbericht von Herrn Walz
- Grußwort AELF
- Grußwort Sepp Schmid AbL Landesvorsitzender Bayern
- Betriebsvorstellungen („Kuhle Milch“, „WeidefleischTiefel“ , „Ann Grösch-Habitatspiele“)

Ort: Weinstube Zeitinger, Alte Fürther Straße 8, 90556 Cadolzburg/Wachendorf , Tel.: 09103-671, Weinstube-Zeitinger@web.de
Gäste sind herzliche willkommen!

Jahresmitgliederversammlung Landesverband Bayern

27.01.2019, Ersing

Bitte vormerken, weitere Infos folgen!

Der letzte Dreck?!

WITZENHÄUSER KONFERENZ

04.-12.12.2018 26. Witzenhäuser Konferenz

Bodenschutz in Politik und Praxis

Ziel der Konferenz ist es, die Aufmerksamkeit auf Bodenschutz in Politik und Praxis zu lenken. Wie ist der aktuelle Zustand unserer Böden? Was unternimmt die Politik? Welche neuen Technologien und Anbaumethoden benötigen wir in der Landwirtschaft, um effizient Boden aufzubauen? Welcher Voraussetzungen bedarf es, um sich als Landwirt*in im Hamsterrad von Produktion und Wirtschaftlichkeit mit Bodenschutz befassen zu können? Welche Rolle spielen die Eigentumsverhältnisse?
Die Konferenz gestaltet einen Raum, in dem sich Wissenschaft, Politik und Praxis begegnen können. Vorträge und Workshops geben die Gelegenheit zu Austausch, Vernetzung und Vertiefung, je nach Interessensgebiet. Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm wird die Veranstaltung abrunden.
Alle Details zum Programm und der Anmeldung unter:
https://www.konferenz-witzenhausen.de
Veranstaltungsort: Große Aula, Nordbahnstraße 1 A, 37213 Witzenhausen

Mitteldeutschland

Stammtisch Thüringen:
jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, Grünes Herz, Barfüßerstraße 9, Erfurt

Stammtisch Sachsen-Anhalt:
jeden 2. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, Gaststätte Goldene Rose, Rannische Str. 19, Halle/Saale

Stammtisch Sachsen:
jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Gaststätte Kümmelschänke, Dresden-Omsewitz

Gäste und Neugierige sind herzlich willkommen!

Berlin und Umland

Bäuerinnen und Bauern-Stammtisch

jeden 1. Donnerstag im Monat
19 Uhr, Preußisches Landwirtshaus
14055 Berlin - Charlottenburg, Flatowallee 23

Impressum

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Sinay Gandenberger: 02381-492210
FAX: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Bundeskontakte

Bundesgeschäftstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzenhausen, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW
Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

Landeskontakte

Schleswig-Holstein
Geschäftsführung:
Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen
Geschäftsstelle: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393; info@abl-niedersachsen.de
Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg
Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen
Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen
Geschäftsstelle: Friederike Seebach, Mobil: 0160/99543305, hessen@abl-ev.de
Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland
Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg
Geschäftsstelle: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß: Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern
Landesverband: Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393
Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de;
Allgäu: Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; ablallgaeu@gmx.de,
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,
Erding–Ebersberg: Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi_reindl@gmx.de;
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

Thüringen
Thüringen: Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel: 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 – 21847159, Linderbacherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

Sachsen-Anhalt
Katharina Winter (Landesgeschäftsführerin), August-Bebel-Platz 4, 06108 Halle/Saale, Tel: 0178/4597573, sachsen-anhalt@abl-ev.de; Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Sachsen
Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kontakt@beerenbunt.de

Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- ❑ Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 107,00 Euro
- ❑ Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 142,00 Euro
- ❑ Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- ❑ Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 52,00 Euro
- ❑ Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 77,00 Euro
- ❑ Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- ❑ Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
  ❑ 30,-€ ❑ 50,-€ ❑ 70,- €

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis):_____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.abl-ev.de/datenschutz

Datum: _____ Unterschrift: _____

Gutscheine

Im nun bald vergangenen Jahr bin ich fünfzig geworden, und Marie, unsere älteste Tochter, ist fünfundzwanzig geworden. Grob gesagt bin ich also nun mein halbes Leben lang Vater, und ich weiß noch genau, wie es war, damals im Krankenhaus, im Juni 1993. Im Kreißsaal habe ich keinen besonders intelligenten Eindruck gemacht; denn als Marie draußen war, fing ich an zu weinen und rief die ganze Zeit: Ein Baby, ein Baby! Als hätte ich stattdessen ein Kalb oder ein Ferkel erwartet … Insgesamt haben Birte und ich fünf Kinder, drei Mädchen und zwei Jungs: Marie, 25, Nora und Peer, je 23, Carla, 20 und Jon, 17. Als sie klein waren, habe ich ihnen jeden Abend eine Gute-Nacht-Geschichte vorgelesen. Das war immer mein Job; ich war damals abends noch nicht so viel unterwegs. Wir trafen uns dann immer reihum in den Kinderzimmern; ich lege mich bäuchlings auf den Fußboden, und die Kinder, schon im Schlafanzug, saßen um mich herum und blickten ins Buch, nur Carla legte sich meist mit Schnuller und ihrem rosa Schnuffeltuch auf meinen Rücken. Nicht selten schlief sie dann während der Lektüre ein, und eines der großen Kinder musste Birte hochholen, damit sie die schlafende Carla von meinem Rücken ins Bett trug. Viele der großen Kinderbuchklassiker haben wir auf diese Weise gelesen, aber meine Lieblingsbücher zum Vorlesen waren immer die von Sven Nordqvist: Pettersson und Findus, wie gerne mochte ich diese Bücher! Im vorletzten Jahr kam dann zur Vorweihnachtszeit eine Verfilmung ins Kino, Pettersson kriegt Weihnachtsbesuch, und ich wollte den Film so gern sehen, im Kino, aber nicht allein, und ich fragte die Familie am Tisch, ob sie mit mir ins Kino kommen, Pettersson und Findus gucken. Aber unsere Kinder waren damals zwischen 15 und 23, die haben gesagt, wir können gern zusammen ins Kino gehen, aber solange du Pettersson und Findus siehst, gucken wir „Fifty Shades Of Grey“ oder „Star Wars“ oder „Fack ju Göthe“, und wenn die Filme aus sind, treffen wir uns wieder, gehen schön Essen, du bezahlst. Da habe ich gedacht: Wie traurig ist das denn, so ein alter Knacker wie ich, allein im Kino, Pettersson und Findus gucken, da denkt man ja gleich das Allerschlimmste.

Die Liebste hatte gespürt, wie enttäuscht ich war, und im letzten Jahr bekam ich von ihr zu Weihnachten einen Gutschein geschenkt, über den Besuch eines Kinderfilms meiner Wahl, im Kino, mit ihr zusammen. Ich war echt gerührt, aber noch harrt der Gutschein seiner Einlösung. Wie im Übrigen die allermeisten Gutscheine, die ich jemals geschenkt bekam. Seit ungefähr einem halben Jahr bin ich nämlich dabei, mein Büro aufzuräumen. Dazu muss ich wohl erwähnen, dass ich ein langsamer und ziemlich uneffektiver Aufräumer bin. Ich kann nicht einfach unbesehen Dinge wegschmeißen. Alles, was ich eventuell einer Entsorgung zuführen will, muss ich mir erst mal genau ansehen, durchlesen, entscheiden, ob ich es behalten will oder eben nicht, um es am Ende dann doch aufzubewahren. Beim Aufräumen jedenfalls fand ich eine Pappschachtel, Din A4, in der ich alle Gutscheine gesammelt habe, die ich von meinen Kindern zu allen möglichen Anlässen geschenkt bekam. Weihnachten, Nikolaus, Geburtstage, sogar zum Vatertag bekam ich Gutscheine. Fünfundzwanzig Jahre, fünf Kinder – ich habe eine Menge Gutscheine, in den unterschiedlichsten Ausprägungen. Manche liebevoll gebastelt, bunt gemalt, prächtig im Design, andere, denen man genau die Entstehungsgeschichte ansieht: Scheiße, Vadder hat Geburtstag, ich hab das total vergessen, ich reiß mir in der Küche einen Einkaufszettel ab und schmier da irgendetwas drauf.

Die allermeisten Gutscheine, die ich von meinen Kindern bekam, haben den Gegenwert von „einmal im Stall helfen“. Fünfundzwanzig Jahre, fünf Kinder – ich habe so viele Gutscheine, dass ich mich sofort zur Ruhe setzen kann. Nicht einmal mehr muss ich in den Stall; das können fortan schön die Gören machen, immer abwechselnd, jeden bezaubernden oder beschissenen Tag, und ich bleibe trocken und warm in der Stube. Den allerschönsten Gutschein bekam ich einst von Peer, unserem ältesten Sohn. Sein Lieblingsspielzeug in Kindertagen war sein Gameboy. In jeder freien Minute daddelte er damit herum. In unserer Familie gab es damals auf Peer bezogen die Sanktion, dass er, wenn er etwas ausgefressen hatte, für ein oder zwei Tage seinen Gameboy abzugeben hatte. Offensichtlich hatte Peer damals den Eindruck, dass nichts auf der ganzen Welt mir annähernd so viel Vergnügen bereiten würde, wie ihm den Gameboy wegzunehmen. Also schenkte er mir einmal zu Weihnachten einen Gutschein über „einmal den Gameboy einsacken“. Ich hatte das total vergessen. Ich saß im Büro, die Pappschachtel auf den Knien, las und lachte und weinte, alles zur gleichen Zeit. Ich war gerührt und amüsiert und so voll mit Liebe. Es ist so schön, Kinder zu haben. Nicht immer, aber immerhin fast immer.

Ich bin gespannt, ob ich auch in diesem Jahr Gutscheine zu Weihnachten bekomme. Von meinen Kindern. Für die Pappschachtel. Ich kann es kaum erwarten.

Matthias Stührwoldt

12/2018

unabhängige bauernstimme: auch zum Verschenken!

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- ❑ Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- ❑ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,– € im Jahr.
- ❑ Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für ❑ 6 oder ❑ 12 Monate verschenken.
- ❑ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse | Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname | Name, Vorname

Straße | Straße

PLZ, Ort | PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen | email/Fax

Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539
ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnnenten (bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers) | Datum | Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.bauernstimme.de/datenschutz